

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
1 E5002		Das Plangebiet befindet sich im Zuständigkeitsbereich der LuBB. Die Belange der zivilen Luftfahrt werden aus luftrechtlicher Sicht durch den o.g. Teilflächennutzungsplan berührt, da innerhalb des Geltungsbereiches eine Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung (WE 4 - "Zwischen den Schießbahnen") dargestellt wird und Windenergieanlagen im Sinne §§ 14 ff. LuftVG Luftfahrthindernisse darstellen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich WEAs als Bauwerke, die eine Höhe von 100 m überschreiten, sind nur mit Zustimmung der Luftfahrtbehörden zu genehmigen.
1 E5003		Der im Kartenmaterial ausgewiesene Geltungsbereich zu dem Vorentwurf (Stand: 21.02.2020) des sachlichen Teilflächennutzungsplanes "Windenergieanlagen" der Gemeinde Am Mellensee umfasst das gesamte Gemeindegebiet und stellt eine Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung (WE 4) dar.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
1 E5004		§ 18a LuftVG (Störung von Flugsicherungseinrichtungen) steht dem o.g. Vorhaben aktuell nicht entgegen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
1 E5005		Es bestehen derzeit keine Bedenken gegen den Vorentwurf des sachlichen Teilflächennutzungsplanes "Windenergieanlagen" der Gemeinde Am Mellensee.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
1 E5006		Inmitten des Gemeindegebietes - ca. 6,2 km nordöstlich der WE 4 befindet sich der Hubschrauber-Sonderlandeplatz (HSLP) Mellensee.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
1 E5007		Da für den HSLP Mellensee kein Bauschutzbereich i.S.d. §§ 12, 17 LuftVG festgesetzt wurde, liegt die dargestellte Konzentrationsfläche außerhalb von Bauschutzbereichen ziviler Flugplätze (Verkehrs-, Sender-, Hubschraubersonderlandeplätzen) sowie Segelflug- und Modellfluggeländen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
1 E5008		Da innerhalb der Konzentrationsfläche die Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von deutlich über 200 m (über Geländeoberfläche) zu erwarten ist, ist die LuBB in den weiteren Genehmigungsverfahren für die Windkraftanlagen zu beteiligen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Die LuBB wird am weiteren Genehmigungsverfahren beteiligt
1 E5009		Gemäß § 14 Abs. 1 LuftVG darf die für die Baugenehmigung zuständige Behörde außerhalb von Bauschutzbereichen der Errichtung von Bauwerken, die eine Höhe von 100 Metern über Erdoberfläche überschreiten, nur mit Zustimmung der Luftfahrtbehörden genehmigen. Gleiches gilt sinngemäß für Bäume, Freileitungen, Masten, Dämme sowie für andere Anlagen und Geräte.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
1 E5010		Für den Einsatz einer bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung (BNK) von Windkraftanlagen gelten gemäß Pkt. 5.4 AVV LFH die Vorgaben des Anhangs 6.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Auf die Notwendigkeit einer bedarfsgesteuerten Nachtkennzeichnung wird im Entwurf eingegangen
1 E5011		Da innerhalb der Konzentrationsfläche die Errichtung von Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von deutlich über 200 m (über Geländeoberfläche) zu erwarten ist, ist die LuBB in den weiteren Genehmigungsverfahren für die Windkraftanlagen zu beteiligen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Die LuBB wird am weiteren Genehmigungsverfahren beteiligt
1 E5012		Die Konzentrationsfläche liegt weiter außerhalb ziviler Flugsicherungseinrichtungen (Vgl. § 18a LuftVG).	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
1 E5013		Der Vollständigkeit halber weise ich bereits an dieser Stelle darauf hin, dass sich die Zustimmungs-/Genehmigungspflicht auch auf temporäre Hindernisse erstreckt. Das heißt, die Einsatzpläne von Kränen oder ähnlichen Baugeräten, die eine Maximalhöhe von 100 m über Grund überschreiten, sind bei der Luftfahrtbehörde entsprechend zur Prüfung und Genehmigung vorzulegen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
1 E5014		Zur Abklärung militärischer Belange empfehle ich Ihnen, das Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr (BAIUSBw), Postfach 2963, 53019 Bonn, zu beteiligen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Das BAIUSBw wird am weiteren Genehmigungsverfahren beteiligt
1 E5015		Diese Stellungnahme ersetzt nicht die Zustimmung der Luftfahrtbehörde in den einzelnen Genehmigungsverfahren zu den Windkraftanlagen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
1 E5016		Im Ergebnis bestehen derzeit keine Bedenken gegen den Vorentwurf des sachlichen Teilflächennutzungsplanes "Windenergieanlagen" der Gemeinde Am Mellensee.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
1 E5017		Sollten die Darstellungen im Kartenmaterial des o. g. Vorhabens geändert werden, sind die entsprechenden Planunterlagen bei der Luftfahrtbehörde erneut zur Prüfung einzureichen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Die geänderten Planunterlagen der Entwurfsfassung werden der Luftfahrtbehörde im Rahmen der Trägerbeteiligung zur Prüfung eingereicht
2 B2004		Im Zusammenhang mit der Erarbeitung der Tabukriterien ist zu erläutern, wie mit sonstigen bestehenden oder verbindlich beplanten Nutzungen (z.B. Splittersiedlungen, Einzelhäuser, Gewerbeflächen) verfahren wird und weiche Abstände in diesem Zusammenhang anzuwenden sind. Das Vorgehen ist zu begründen und weiche Tabukriterien zu ergänzen. Der Stand der Technik und die Beurteilungsgrundlagen haben sich seit 2013, nach jetzigem Kenntnisstand nicht zugestimmt werden. Das aktuell anzuwendende Interimsverfahren gem. DIN 6913-2 ergibt im Vergleich zum damaligen Alternativ-Verfahren höhere Beurteilungspegel. Zur Beurteilung und Ermittlung der harten Tabukriterien sollte eine Referenzanlage (z.B. Vestas V162) angeführt werden. Der FNP ist Prognosezeitraum von > 20 Jahren zu berücksichtigen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Kriterienkatalog wird inklusive Begründung im Entwurf überarbeitet. Dabei wird auf alle vorkommenden Nutzungen eingegangen

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
2	D4001	Die Herleitung der gewählten Tabukriterien ist zu überarbeiten. Eine Einzelfallbetrachtung (Gutachten) ist auf der vorliegenden Planungsebene nicht zwingend notwendig. Gem. OVG Berlin-Brandenburg muss der Arbeitsaufwand für die Gemeinde bei der Ausweisung der Tabukriterien "angemessen" bleiben, daher sind pauschalisierende Annahmen zulässig, sofern sie fundiert und begründet sind. Für die nachgeordneten Planungsebenen ist die Erstellung von Fachgutachten jedoch erforderlich. Es wird daher der Formulierung auf S. 27 widersprochen, dass ein gewähltes weiches Kriterium von 1200 m Abstand zu Siedlungsflächen einen Schallgutachten grundsätzlich entbehrllich macht.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Kriterienkatalog wird inklusive Begründung im Entwurf überarbeitet. Die Formulierung wird dahingehend geändert, dass mit einem Abstand von 1.000 m oder mehr, im vorliegenden Fall 1.200 m, auf eine Einzelfallbetrachtung auf vorliegender Planungsebene verzichtet werden kann. Auf die Notwendigkeit eines Schallgutachtens im nachfolgenden Genehmigungsverfahren wird im Entwurf verwiesen.
2	D4001	Es wird darauf hingewiesen, dass nicht nur die schalltechnischen Beeinträchtigungen zu bewerten sind, sondern auch die Auswirkungen optischer Bedrängungswirkung, Schattenwurf, standortspezifisches Gefährdungspotential und Disco-Effekt. Sie sind in den definierten Mindestabständen zu berücksichtigen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Kriterienkatalog wird inklusive Begründung im Entwurf überarbeitet. Dabei werden als Begründung für die erhöhten Abstände die genannten Auswirkungen ebenfalls aufgeführt.
2	D4003	in der Begründung sind Angaben zu Schattenwurf und Lichtblitzen (Disco-Effekt) enthalten. Aussagen zu den Themen optische Bedrängungswirkung und standortspezifisches Gefährdungspotential (Risikoanalyse) z.B. durch Eisabwurf/Eisabfall, Rotorblattbruch, Brände und Turbulenzen sind zu ergänzen. Findet keine Bewertung aller Parameter statt, kann dem Vorsorgegrundsatz nicht entsprochen werden.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Kriterienkatalog wird inklusive Begründung im Entwurf überarbeitet. Dabei werden als Begründung für die erhöhten Abstände alle genannten Parameter aufgeführt und bewertet (optische Bedrängungswirkung und standortspezifisches Gefährdungspotential (Risikoanalyse) z.B. durch Eisabwurf/Eisabfall, Rotorblattbruch, Brände und Turbulenzen).
2		Die verbleibende Konzentrationsfläche wird grundsätzlich als geeignet angesehen. Der Standort ist bislang nicht vorbelastet und grenzt an die Gemeinde Nuthe-Urstromtal an, die ebenfalls in dem Bereich die Entwicklung erneuerbarer Energien fördern will. Die ausgewiesene Fläche erlaubt die Inanspruchnahme für WKA zunächst dem Grunde nach. Der Nachweis der Verträglichkeit ist im Einzelfall im nachfolgenden Genehmigungs- und im Bebauungsplanverfahren zu führen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
2		Für die vorläufig ausgewählten Konzentrationsflächen ist eine Umweltprüfung im Sinne des § 2 Abs. 4 BauGB durchzuführen. In der Umweltprüfung sind die voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen der Durchführung der Planung zu ermitteln, zu beschreiben und zu bewerten. Der Prognose-Nullfall ist ebenfalls zu betrachten.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Umweltbericht im Entwurf stellt die genannte Umweltprüfung dar und wird im Laufe des Verfahrens um weitere Erkenntnisse ergänzt.
2		Der Methodik zur Ermittlung der Konzentrationsflächen ist grundsätzlich plausibel und nachvollziehbar. Das Ergebnis der Analyse ist nach jetzigem Kenntnisstand jedoch nicht belastbar, da die gewählten Tabukriterien nicht den Anforderungen des Landes Brandenburg genügen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
2		Fazit Die ermittelten Abstände basieren nicht auf dem in Brandenburg gültigen Interimsverfahren, daher sind die getroffenen Aussagen nur bedingt belastbar. Die Methodik zur Herleitung der gewählten Tabukriterien sind transparent und nachvollziehbar darzustellen. Die Potentialflächenanalyse ist ggf. mit geeigneten Daten zu wiederholen. Die Begründung ist zu überarbeiten.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Die Abwägung erfolgte zu den einzelnen Teilen der Stellungnahme
2		Im Rahmen der weiteren Konkretisierung der Planung sind schädliche Umwelteinwirkungen im Sinne des BImSchG zu erwarten. Die gegebenenfalls im FNP ausgewiesene Fläche erlaubt die Inanspruchnahme für WKA zunächst dem Grunde nach. Der Nachweis der Verträglichkeit ist im Einzelfall (Schallgutachten) auf den nachgeordneten Planungsebenen zu führen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
2		Die vorliegende Stellungnahme verliert mit der wesentlichen Änderung der Beurteilungsgrundlagen ihre Gültigkeit. Das Ergebnis der Abwägung durch die Kommune ist entsprechend § 3 Abs. 2 Satz 4 BauGB mitzuteilen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
2		Die Gemeinde hat im Umweltbericht nach der Anlage 1 (zu § 2 Abs. 4, §§ 2 a und 4 c BauGB) die auf Grund der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 ermittelten und bewerteten Belange des Umweltschutzes darzulegen. Die Aussagen zu Natur und Landschaft im Umweltbericht sind im Detaillierungsgrad an die Darstellungen des Landschaftsplans (LP) anzupassen bzw. können aus diesem übernommen werden. Voraussetzung ist jedoch die Aktualität der Darstellungen im LP. Für das Gemeindegebiet liegt jedoch kein LP vor.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Umweltbericht im Entwurf stellt die genannte Umweltprüfung auf Ebene der Flächennutzungsplanung dar und wird im Laufe des Verfahrens um weitere Erkenntnisse ergänzt. Der Aufbau des Umweltberichts erfolgt nach der Anlage 1 BauGB.

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
2		<p>Hinsichtlich der durch LFU, N1 zu vertretenden Belange des besonderen Artenschutzes wird im Rahmen der FNP-Änderung die Bearbeitung folgender Sachverhalte als wesentlich erachtet:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Vorkommen und Verteilung besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten i. S. des § 7 Abs. 2 Nr. 13 und 14 BNatSchG sowie von Arten von gemeinschaftlichem Interesse gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 10 BNatSchG im Änderungsbereich (gemäß Anlage 1, Nr. 2a) - Aussagen zum Gesamtbestand erfasster besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten im Geltungsbereich des FNP; Aussagen zur Bedeutung der Vorkommen im Änderungsbereich in Bezug auf den Gesamtbestand im Gemeindegebiet (gemäß Anlage 1, Nr. 2 a) - Prognose über die Entwicklung des Umweltzustandes bei der Nichtdurchführung der Planung (Anlage 1, Nr. 2 b bezogen auf die Schutzgüter Flora und Fauna) - geplante Maßnahmen zur Vermeidung, Verringerung und zum Ausgleich der nachteiligen Auswirkungen (Anlage 1, Nr. 2 c bezogen auf die Schutzgüter Flora und Fauna) <p>Die Ergebnisse sind in Text und Karte darzulegen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Umweltbericht im Entwurf stellt die genannte Umweltprüfung dar und wird im Laufe des Verfahrens um weitere Erkenntnisse ergänzt. Es wird auf die Notwendigkeit einer Artenschutzprüfung in nachfolgenden Genehmigungsverfahren hingewiesen.</p>
2	H8001	<p>Im Flächennutzungsplanverfahren sind die Vorschriften des besonderen Artenschutzes (§44 Abs. 1 BNatSchG i. V. m. §44 Abs. 5 BNatSchG) zu beachten. Eine Verlagerung planerischer Probleme von der Ebene des FNP in den BP bzw. in das BImSchG-Verfahren ist nur zulässig, wenn der Konflikt zwischen den Darstellungen im FNP und den artenschutzrechtlichen Verboten als höherrangigem Recht aller Voraussicht nach im BP bzw. BImSchG-Verfahren bewältigt werden kann.</p> <p>Der besondere Artenschutz als direkt geltendes Recht ist regelmäßig keiner Abwägung zugänglich.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Artenschutz auf FNP-Ebene wird durch Tabuzonen, basierend auf den aktuellen TAK-Abständen sowie durch Berücksichtigung regionaler oder lokaler Erkenntnisse, die sich aus den Beteiligungsverfahren der vorliegenden Bauleitplanung ergeben, berücksichtigt. Es wird auf die Notwendigkeit einer Artenschutzprüfung in nachfolgenden Genehmigungsverfahren hingewiesen.</p>
2	H8002	<p>Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind die TAK noch nicht ausreichend bzw. nicht richtig in den vorliegenden Unterlagen berücksichtigt. So ist nach gegenwärtigem Stand der Schwarzmilan nicht in den TAK aufgeführt, der Rotmilan mit einem Schutzbereich von mindestens 1.000 m". Der Schwarzstorch dagegen wird nur kurz erwähnt, hier umfasst der Schutzbereich nach TAK regelmäßig 3.000 m, der Restriktionsbereich mindestens 6.000 m Freihalten der Nahrungsflächen und Gewährleistung der Erreichbarkeit derselben [...]"). Auch der Seeadler wird nur kurz erwähnt, der Schutzbereich nach TAK umfasst hier ebenfalls 3.000 m, der Restriktionsbereich 6.000 m ("Freihalten des meist direkten Verbindungskorridors (1.000 m Breite) zwischen Horst und Hauptnahrungsgewässer(n) [...]"). Bezüglich der Wiesenweihe umfasst der Schutzbereich 1.000 m zu regelmäßig genutzten Brutplätzen in Verbreitungszentren der Wiesenweihe. Nach der diesbezüglich maßgeblichen Karte „Brutgebiete der Wiesenweihe“ befindet sich auf dem Gemeindegebiet einschließlich der direkt anschließenden Gemeindeflächen kein Verbreitungsgebiet der Wiesenweihe. Bezüglich des Weißstorks umfasst der Schutzbereich einen Radius von 1.000 m zum Horst, der Restriktionsbereich 3.000 m (Freihalten der Nahrungsflächen sowie der Flugwege dorthin). Für das Nordostufer des Neuendorfer Sees waren Zwergdommeln bekannt, allerdings steht keine aktuelle Datenlage zur Verfügung. Für die Zwergdommel ist nach TAK das Einhalten eines 1.000 m-Schutzbereichs um den Brutplatz vorgesehen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Artenschutz auf FNP-Ebene wird durch Tabuzonen, basierend auf den aktuellen TAK-Abständen sowie durch Berücksichtigung regionaler oder lokaler Erkenntnisse, die sich aus den Beteiligungsverfahren der vorliegenden Bauleitplanung ergeben, berücksichtigt. Die TAK-Abstände bzw. die Artenvorkommen werden im Entwurf über eine Abfrage 2021 aktualisiert. Es wird auf die Notwendigkeit einer Artenschutzprüfung in nachfolgenden Genehmigungsverfahren hingewiesen.</p>
2	H8002	<p>Aus den vorliegenden Unterlagen ist nicht erkennbar, ob die verwendete Datengrundlage insgesamt sowohl ausreichend als auch ausreichend aktuell ist.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Entwurf werden die verwendeten Datengrundlage geprüft, aktualisiert und benannt.</p>
2		<p>Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass eine abschließende Beurteilung erst im nachfolgenden Genehmigungsverfahren (B-Plan, immissionsschutzrechtliche Genehmigung) auf der Grundlage der dann vorliegenden Daten i.V.m. der aktuellen Rechtsprechung erfolgen kann.</p>	<p>Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich</p>
2	H8002	<p>Aufgrund der naturschutzfachlichen Zuständigkeit nach § 1 Abs. 3 NatSchZustV in den nachgeordneten Verfahren für Windkraftanlagenvorhaben wird seitens des LFU N1 wie folgt Stellung genommen</p> <p>Grundsätzlich wird seitens N1 die Aufstellung eines Teil-FNP "Windenergieanlagen" zur Steuerung und Ordnung der Flächennutzung im Gemeindegebiet begrüßt. Gegenwärtig wurden nach aktuellem Informationsstand jedoch die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege noch nicht ausreichend berücksichtigt. Über die oben unter Punkt 2 (TAK) dieser Stellungnahme gemachten Anmerkungen im Zusammenhang mit dem besonderen Artenschutz hinaus werden noch folgende Hinweise gegeben:</p>	<p>Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich</p>
2		<p>Schutzgebiete I Natura 2000</p> <p>Im Sinne des § 1a Abs. 4 BauGB ist dem Vorhandensein von Schutzgebieten bzw. geschützten Teilen von Natur und Landschaft Rechnung zu tragen. Es ist abzusichern, dass die vorgesehenen Flächennutzungen nicht gegen die Verbote der Rechtsverordnungen bzw. die Schutzziele der nach den §§ 22 - 32 BNatSchG geschützten Gebiete verstoßen. Dazu sind die Auswirkungen des Vorhabens nachvollziehbar darzustellen. Auch den angrenzenden Gebieten ist dabei im erforderlichen Maße Rechnung zu tragen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Entwurf und Umweltbericht wird im Hinblick auf die Auswirkung der innerhalb der Konzentrationszone möglichen Vorhaben auf angrenzende Gebiete aktualisiert.</p>

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
2		Zur Eingriffsbetrachtung sind gemäß des § 1a Abs. 3 BauGB Darlegungen auf die konkrete Planungsebene des FNP bezogen erforderlich, ein schlüssiges Gesamtkompensationskonzept (einschließlich Vermeidung und Verminderung) muss erkennbar zu Grunde liegen. Bezüglich der Berücksichtigung der Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege ist dies gegenwärtig nicht bzw. noch nicht ausreichend der Fall. So sind insbesondere die Eckwerte, von denen bezüglich der Eingriffsbilanzierung ausgegangen wurde, für WKA der gegenwärtig üblichen Größenordnung deutlich zu gering bemessen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Da eine Konzentrationszone ausgewiesen wird und keine konkreten Standorte, kann auf der Ebene des FNP noch keine abschließende Eingriffsbewertung vorgenommen werden. Im Entwurf wird darauf eingegangen, dass mehrere WEAs in der Konzentrationszone gebaut werden können. Die Eckwerte, von wie vielen WEAs bezüglich der Eingriffsregelung auszugehen ist, werden geprüft und im Entwurf angepasst.
3		Zur Beplanung des o. g. Gebietes bestehen keine grundsätzlichen Einwände.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
3	M1301	Bei konkreten Bauvorhaben ist bei Notwendigkeit eine Munitionsfreigabe-bescheinigung beizubringen. Darüber entscheidet die für das Baugenehmigungsverfahren zuständige Behörde auf der Grundlage einer vom Kampfmittel-beseitigungsdienst erarbeiteten Kampfmittelverdachtsflächenkarte.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
4	B2003	Die Gemeinde Nuth-Urstromtal begrüßt die Aufstellung des sachlichen Teilflächennutzungsplanes "Windenergieanlagen" für das Gemeindegebiet Am Mellensee. Wir verweisen darauf, dass die Gemeinde Nuth-Urstromtal derzeit ebenfalls einen sachlichen Teilflächennutzungsplan "Erneuerbare Energien" aufstellt (KARTE IN DOKUMENT). Für diesen Plan wurde die Frühzeitige Beteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB (vom 17.02.-18.03.2020) und § 4 Abs. 1 BauGB (17.02.-20.03.2020) durchgeführt. Die Auswertung der Stellungnahme wird noch erarbeitet.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
4	B2003	Der sachlichen Teilflächennutzungsplan "Erneuerbare Energien" der Gemeinde Nuth-Urstromtal soll nicht nur Flächen für die Nutzung von Windenergieanlagen ausweisen, sondern auch Flächen für Freiflächen-Photovoltaikanlagen, Biogasanlagen und andere Technologien Erneuerbarer Energien darstellen. Durch diese Bündelung möchte die Gemeinde Nuth-Urstromtal den Erneuerbaren Energien substanziellen Raum schaffen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
4		Im Bereich des ehemaligen Militärgeländes Sperenberg kommt es zu einem Zusammentreffen der möglichen Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen. An der Grenze zur Gemeinde Am Mellensee wird eine 1.278 ha große Konzentrationsfläche (SO 13 - Erneuerbare Energien) für verschiedene Erneuerbare Energien (eine sogenannte Multifunktionale Fläche) ausgewiesen. Diese steht der Potentialfläche 4 der Gemeinde Am Mellensee nicht entgegen, sie verbindet viel eher die beiden Flächen zu einer größeren Konzentrationsfläche und bündelt somit die Erneuerbaren Energien kommunenübergreifend.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
4		Bereits im Januar 2018 wurde die Machbarkeitsstudie Sperenberg durch die DBI Gas- und Umwelttechnik GmbH im Auftrag des Ministeriums für Wirtschaft und Energie des Landes Brandenburg veröffentlicht. Dort wurde ein gemeindeübergreifendes Konzept für das ehemals militärische genutzte Gebiet entwickelt. Das geplante Multi-Energie-Kraftwerk Sperenberg (MEKS) sollte ein Standort für innovative Technologie-Entwicklung und -forschung werden. Durch das speicher kombinierte Erneuerbaren-Energien-Kraftwerk sollte dieses Projekt ein Leitprojekt für das Land Brandenburg werden. An dieser Planung würde die Gemeinde Nuth-Urstromtal auch gern weiterhin festhalten. Denn hierbei handelt es sich nicht nur um einen Beitrag für den Klimaschutz, sondern auch um eine Begehbarmachung des Geländes.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
4	M1301	Ebenso wie die Gemeinde Am Mellensee hat die Gemeinde Nuth-Urstromtal jährlich mit dem hohen Gefährdungspotential durch die Munitionsbelastung zu kämpfen. Durch eigene finanzielle Mittel der Kommunen ist eine Kampfmittelberäumung und somit mögliche Verhinderung von Bränden nicht möglich.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
4	J1003	Die Beeinträchtigung der Lebensqualität und der Gesundheit der Bewohner in den angrenzenden Ortschaften kann durch die geplante Nutzung der ehemaligen Militärfäche als gering eingestuft werden.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
4	H8006	Die Beeinträchtigung der Tier- und Pflanzenwelt wird als mittel bis hoch eingestuft, hier muss im nachgelagerten Bauleitplanverfahren dann konkret geprüft und abgewogen werden.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich. Im Umweltbericht wird darauf eingegangen, dass in nachfolgenden Genehmigungsplanungen im Rahmen der Eingriffsregelung von einer mittleren bis hohen Beeinträchtigung auszugehen ist.
4	B2004	Die Abstände zu Straßen hat die Gemeinde Nuth-Urstromtal durch weiche Tabukriterien vergrößert und würde es der Gemeinde Am Mellensee ebenfalls empfehlen. Es wurde eine Mindest-Sicherheitszone von 120 m beidseitig von Bundes-, Landes- und Kreisstraßen als Ausschlusszone definiert. Begründet wurde dies mit dem Abstand vom äußeren Fahrbahnrand zur äußersten Rotorspitze (mind. 80 m) und einer zusätzlichen Schutzzone (20 m). Als Rechtsgrundlage wurde hier das Bundesfernstraßengesetz (FStrG) und das Brandenburgische Straßengesetz (BbgStrG) herangezogen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
4	B2004	Der Abstand zu Siedlungen wurde durch die Gemeinde Nuthe-Urstromtal ebenfalls eigenständig auf 1.000 m festgelegt. Für die Begründung wurde eine derzeit gängige Windkraftanlage die für Windstandorte der Windzone II (Bereich Nuthe-Urstromtal) herangezogen. Es wurde die Anlagenhöhe, der maximale Schattenwurf und der maximale Schall berechnet. Unter Einhaltung dieser Werte und der Betrachtung der optischen Bedrängungswirkung (u. a. OVG NRW, 8 A 2764/09) die von den derzeit gängigen Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 250 m und höher ausgehen, konnte die Gemeinde Nuthe-Urstromtal nur 1.000 m Abstand errechnen. Die Begründung für 1.200 m Abstand zur Wohnbebauung der Gemeinde Am Mellensee erscheint plausibel kann aber unseres Erachtens nur mit einer Berechnung durch eine Model-Windkraftanlage bekräftigt werden, da die Empfehlung des Landes Brandenburg, siehe S. 30 ihrer Begründung, seit Jahren 1.000 m ist.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
4		Die Auflistung ihrer Potentialflächen WE 1 bis WE 6 ergibt viele kleine Flächen für Windenergieanlagen. Um eine "Verspargelung" des Gemeindegebietes zu verhindern, ist eine nachhaltige Begründung erforderlich. Wir empfehlen die Festlegung einer Mindestgröße für Windeignungsgebiete um so auch die Konzentration von möglichen Windparks zu steuern. Die Gemeinde Nuthe-Urstromtal hat in ihrem sachlichen Teilflächennutzungsplan "Erneuerbare Energien" eine Mindestgröße von 42 ha festgelegt und berechnet, dass dort mindestens 5 Windenergieanlagen der derzeit gängigen Anlagentypen unter Einhaltung aller bautechnischen Vorgaben errichtet werden können. Eine kleinere Fläche und weniger Windenergieanlagen würden somit keine Berücksichtigung finden.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
4		Auf der Seite 48 im 2. Absatz wird das WE 5 zweimal aufgeführt, hier ist eine Korrektur erforderlich.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Entwurf wird redaktionell angepasst
4		Sollten Sie die Unterlagen des Entwurfes des sachlichen Teilflächennutzungsplan "Erneuerbare Energien" der Gemeinde Nuthe-Urstromtal zur weiteren Bewertung benötigen, können Ihnen diese digital zur Verfügung gestellt werden.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
5	L1201	Ihr Vorhaben betrifft mittelbar und unmittelbar das Denkmal "Heeresversuchsanstalt Kummersdorf" . Auf der Fläche des Denkmals sind Windkraftanlagen grundsätzlich ausgeschlossen. Darüber hinaus ist auch gem. § 2 Abs 3 des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz - BbgDschG) vom 24. Mai 2004 die Umgebung des Denkmals geschützt, soweit sie für dessen Erhaltung, Erscheinungsbild oder städtebauliche Bedeutung erheblich ist."	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird auf mittelbare und unmittelbare Wirkungen auf das Denkmal eingegangen, diese werden im Rahmen der Abwägung berücksichtigt.
5	L1201	Wir möchten Sie darauf aufmerksam machen, dass die Denkmalliste des Landes Brandenburg fortgeschrieben wird.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Die fortgeschriebene Denkmalliste wird im Entwurf berücksichtigt.
5	L1201	Hinweis: Da bei dem Vorhaben auch Belange der Bodendenkmalpflege berührt sein können, erhalten Sie aus unserem Hause ggf. eine weitere Stellungnahme.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
6	B2001	Die Regionalversammlung Havelland-Fläming hat am 27.06.2019 die Aufstellung des Regionalplans 3.0 beschlossen. Öffentlich bekannt gemacht wurde dieser Beschluss am 24.07.2019 im Amtsblatt für Brandenburg Nr. 28. Danach soll der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 textliche und zeichnerische Festlegungen u. a. zur räumlichen Steuerung der Planung und Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen enthalten und damit die Rechtswirkungen des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB herbeiführen. Hierfür enthält die Bekanntmachung zugleich ein vorläufiges Plankonzept zur räumlichen Steuerung der Windenergienutzung.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
6	B2001	Grundsätzlich orientiert sich das Planungsvorgehen gemäß vorliegendem Vorentwurf an den Anforderungen an ein schlüssiges Plankonzept aus der aktuellen Rechtsprechung. Inwieweit die Methodik und das Ergebnis im vorliegenden Vorentwurf dem Konzept und daraus abzuleitenden Festlegungen des künftigen Regionalplans entsprechen, lässt sich noch nicht einschätzen und obliegt letztlich der abschließenden Beurteilung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung. Die Ausführungen in der Begründung zur Umsetzung der Planung verweisen bereits auf die notwendige Berücksichtigung der jeweils aktuellen regionalplanerischen Vorgaben im weiteren Planungsverfahren.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
6	B2003	Angemerkt wird zudem, dass die Darstellungen im Teil-FNP i. S. von § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB gleichwohl verbindlichen Rechtscharakter haben. Soweit also Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung festgelegt werden, die diese Nutzung im übrigen Gemeindegebiet ausschließen, ergeben sich daraus verbindliche planerische Einschränkungen der Zulassung von Windenergieanlagen. Durch die planerische Abwägung ist sicherzustellen, dass sich die Windenergienutzung in den sogenannten Positivflächen gegenüber anderen Nutzungen auch durchzusetzen vermag.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
6		Ein weiterer Hinweis bezieht sich auf die flächenbezogene Abwägung der ermittelten Potenzialflächen. Soweit hier im Rahmen der kommunalen Planungshoheit die Zahl und Fläche der Konzentrationszonen unter Berücksichtigung von Aspekten im Sinne eines Leitbildes noch eingeschränkt werden, wird hierfür empfohlen, ergänzende Kriterien zu formulieren. Dies könnten beispielsweise Mindestgrößen oder -abstände, einschließlich deren Herleitung und Begründung sein.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
6	B2003	Nach § 5 Abs. 2 b BauGB erfüllt ein sachlicher Teil-FNP die Aufgaben des FNP für die Steuerung von bestimmten Vorhaben im Außenbereich nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB. Verlangt wird somit die Darstellung von Flächen für bestimmte Vorhaben i. S. d. § 35 Abs. 1 Nr. 2 bis 6 BauGB. Die mit dem Teil-FNP beabsichtigte Regelung zur Windenergie (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB) für das gesamte Gemeindegebiet ist somit von dieser Regelung erfasst. Ein sachlicher Teil-FNP nach § 5 Abs. 2 b BauGB ist grundsätzlich rechtlich selbstständig und nicht vom rechtlichen Schicksal des "Gesamt"-FNP i. S. d. § 5 Abs. 1 Satz 1 BauGB abhängig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
6	I9000	Jedoch ist der wirksame FNP der Gemeinde Am Mellensee im Aufstellungsverfahren zu beachten. So wird hier festgestellt, dass der wirksame FNP für das gesamte Gemeindegebiet den in Rede stehenden Bereich als Fläche für Wald darstellt, was auch in der Begründung dargelegt ist.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
6	H8010	Darüber hinaus tangiert die Sonderbaufläche augenscheinlich nördlich das Naturschutzgebiet (NSG) "Kummersdorfer Heide/Breiter Steinbusch". Bestätigt sich diese Feststellung im weiteren Verfahren, würde sie im Widerspruch zur Begründung stehen, wo es u. a. auf S. 51 heißt: Innerhalb der Konzentrationszone "Zwischen den Schießbahnen" befinden sich keine Schutzgebiete. Diese Aussage ist zu prüfen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird die Abgrenzung des NSG geprüft und der Entwurf aktualisiert
6	B2003	Nach Kommentar (Ernst-Zinkhahn-Bielenberg-Krautzberger, § 5 BauGB, RdNr 62k, Lieferung Nr. 130 vom August 2018) wird klargestellt, dass "die im allgemeinen oder Gesamt-FNP mit seinen Darstellungen enthaltenen Aussagen über die beabsichtigte städtebauliche Entwicklung insofern auch für den sachlichen Teil-FNP Bedeutung haben, als dessen Darstellungen nicht im Widerspruch stehen dürfen mit denen des allgemeinen oder Gesamt-FNP. Andernfalls entsteht eine widersprüchliche Planung, die insbesondere mit § 1 Abs. 3 Satz 1 und Abs. 7 nicht vereinbar sein kann."	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
6	A1001	In der Planzeichenerklärung werden "Windenergieanlagen im Bestand, außerhalb der Gemeindegrenze" definiert. Zumindest eine Windenergieanlage befindet sich nach Planzeichnung innerhalb des Gemeindegebietes. Die Darstellung bzw. Erklärung ist zu prüfen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird die Darstellung und Erklärung geprüft
6	A1001	In der Planzeichnung finden sich weitere Planzeichen, die als Planzeichen ohne Normcharakter zu bezeichnen sind.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
6	A1001	Im Übrigen enthält die Planzeichnung weitere Darstellungen, die offenbar keinen Darstellungscharakter aufweisen sollen. Diese sind auch in der Planzeichenerklärung zu führen. Alternativ wäre eine Erläuterung möglich, dass sonstige, nicht erklärte Planzeichen der Kartengrundlage entstammen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird eine Erläuterung eingefügt, dass sonstige nicht erklärte Planzeichen der Kartengrundlage entstammen
6	A1001	Die Rechtsgrundlagen sind auf der Planzeichnung wie folgt zu aktualisieren (Fettdruck): BauGB..., zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27.3.2020 (BGBl. I S. 587), BNatSchG ..., zuletzt geändert durch Artikel 290 der Verordnung vom 19.6.2020 (BGBl. I S. 1328)	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf erfolgt eine Aktualisierung aller Gesetzesgrundlagen

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
6		Nachstehende Behörden und Fachämter der Kreisverwaltung wurden vom Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung an o. g. Planverfahren beteiligt: Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung, hier: SG Kreisentwicklung und SG Wirtschaftsförderung, Tourismus und Mobilität Hauptamt, hier: SG Infrastrukturmanagement Ordnungsamt, hier: SG Ordnung und Sicherheit Straßenverkehrsamt, hier: SG Verkehrssicherheit, Verkehrslenkung Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz, hier: SG Untere Denkmalschutzbehörde Gesundheitsamt, hier: SG Hygiene und Umweltmedizin Untere Bauaufsichtsbehörde (UBA), hier: SG Technische Bauaufsicht Umweltamt hier: SG Naturschutz und SG Wasser, Boden, Abfall Landwirtschaft, hier: SG Agrarstruktur	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
6		Die von den beteiligten Fachämtern übermittelten Stellungnahmen sind dieser Stellungnahme als Anlagen beigelegt. Digital vorliegende Fachstellungnahmen einschließlich dieser Stellungnahme werden als PDF vorab per E-Mail übersandt. Soweit fernmündliche oder per hausinterner E-Mail übermittelte Positionierungen erfolgt sind, werden diese nur im Falle des Vorliegens fachlicher Belange weitergereicht.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
7	G7001	Im Vorentwurf des oben genannten sachlichen Teilflächennutzungsplanes ist das SG Infrastrukturmanagement mit der Kreisstraßen K 7227 und K 7229 betroffen. Unsererseits bestehen gegen den Vorentwurf keine Bedenken. Auf § 24 des Brandenburgischen Straßengesetzes (BbgStrG) wird hingewiesen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
8	I9000	Aus Sicht der Unteren Jagdbehörde hinsichtlich des o.g. Vorhabens folgende Forderungen und Hinweise: Die vom Bauvorhaben betroffenen Wald- bzw. Forstflächen sind Bestandteil eines beinahe zusammenhängenden Waldgebietes, welches sich in Ost-West-Ausrichtung durch den gesamten Kreis Teltow-Fläming zieht. Diese haben somit eine große Bedeutung für die Vernetzung von Wildlebensräumen und für den Genaustausch von an Wald gebundenen Tierarten.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird darauf eingegangen, dass die künftige Konzentrationszone innerhalb eines Waldgebietes liegt und welche voraussichtlichen Auswirkungen die Windkraftnutzung auf die Vernetzung von Wildlebensräumen hat.
8	H8006	Des Weiteren wird die Wiederansiedlung von Arten unterstützt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
8	H8009	Die Nähe der Vorhabenfläche zum NSG- bzw. FFH-Gebiet "Kummersdorfer Heide/Breiter Steinbusch" macht dieses Gebiet zu einem schützenswerten Element im regionalen Biotopverbund.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Sowohl NSG wie auch FFH werden flächenhaft als Tabuzone ausgewiesen. Im Entwurf wird in der Abwägung detailliert darauf eingegangen, dass die Gemeinde aufgrund der Notwendigkeit der Nutzung der Windenergie substantiell Raum zu geben, keine Notwendigkeit sieht, auch zwischen diesen Schutzgebietskategorien die Nutzung der Windkraft auszuschließen.
8	H8006	Das Vorhabengebiet ist Einstands- und Äsungsfläche für die Schalenwildarten Rot-, Dam-, Reh- und Schwarzwild. Durch den Bau von Windkraftanlagen geht potentieller Lebensraum verloren und vor allem während der Bau und Wartungszeiten kommt es zu Störungen der dort lebenden Wildtiere.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird auf die Störungen der Wildtiere eingegangen
8		Gem. § 1 Abs. 1 des Jagdgesetzes für das Land Brandenburg (BbgJagdG) ist Wild "als unverzichtbarer Teil der natürlichen Umwelt in seinem Beziehungsgefüge zu bewahren. Der Schutz des jagdbaren Wildes und seiner Lebensräume ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe..". Des Weiteren wird im § 1 Abs. 2 Nr. 3 BbgJagdG gefordert, dass "die natürlichen Lebensgrundlagen des Wildes zu sichern, zu verbessern und soweit wie möglich wiederherzustellen" sind. Der Bau von Windkraftanlagen steht genau im Widerspruch zu dem im Landesjagdgesetz geforderten.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird auf das BbgJagdG eingegangen. In der Abwägung wird auf den Widerspruch eingegangen und die Abwägungsentscheidung der Gemeinde zugunsten der substantiellen Raumgebung der Nutzung der Windenergie begründet.
8		Aufgrund des immer stärker werdenden anthropogenen Einflusses auf die Lebensräume der Wildtiere, umso wichtiger die noch verbliebenen großen und zusammenhängenden Waldflächen wie die ehemaligen Tüpf-Flächen zu erhalten und von Veränderungen auszunehmen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird darauf eingegangen, dass die künftige Konzentrationszone innerhalb eines Waldgebietes liegt und welche voraussichtlichen Auswirkungen die Windkraftnutzung auf die Vernetzung von Wildlebensräumen hat.
9	G7001	Nach Durchsicht der Unterlagen kann ich Ihnen mitteilen, dass aus straßenverkehrsrechtlicher Sicht zum jetzigen Zeitpunkt keine Einwände bestehen. Ich bitte um weitere Beteiligung.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
10	L1201	Baudenkmalpflege: Die Denkmalschutzbehörde erhebt Einwände gegen den Teilflächennutzungsplan. Der Teilflächennutzungsplan widerspricht dem Grundsatz gemäß § 1 Abs. 1 BbgDSchG (Brandenburgisches Denkmalschutzgesetz), nachdem Denkmale als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg (...) zu schützen, zu erhalten, zu pflegen und zu erforschen sind.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurde das BbgDSchG berücksichtigt, der Grundsatz ging in die Abwägung ein. Im Entwurf wird in der Abwägung detailliert auf den § 1 Abs. 1 BbgDSchG eingegangen.
10	L1201	Er widerspricht auch dem Grundsatz nach § 1 Abs. 2 BbgDSchG, nach dem ausdrücklich auch die Gemeinden die Verwirklichung der Ziele des Denkmalschutzes zu unterstützen und die zuständigen Behörden frühzeitig in die Vorbereitung ihrer Planung einzubeziehen haben.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurde das BbgDSchG berücksichtigt, der Grundsatz ging in die Abwägung ein. Im Entwurf wird in der Abwägung detailliert auf den § 1 Abs. 2 BbgDSchG eingegangen.
10	L1201	Der Entwurf des Teilflächennutzungsplans missachtet ferner § 7 Abs. 2 BbgDSchG, nach dem Denkmale sinnvoll und so zu nutzen sind, dass ihre Erhaltung auf Dauer gewährleistet ist und dass sie öffentlich zugänglich, also erlebbar zu machen sind. Er entspricht auch nicht den denkmalpflegerischen Grundsätzen nach § 9 Abs. 2 BbgDSchG.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurde das BbgDSchG berücksichtigt, der Grundsatz ging in die Abwägung ein. Im Entwurf wird in der Abwägung detailliert auf den § 7 Abs. 2 BbgDSchG eingegangen.
10	L1201	Die ausgewiesenen Flächen WE 3, 4, 5 und 6 liegen in unmittelbarer Umgebung zu dem Denkmal "Heeresversuchsanstalt Kummersdorf", das seit 08.01.2007 in der Brandenburgischen Denkmalliste verzeichnet ist. Die Fläche WE 4 liegt sogar im Zentrum des Denkmals. Gemäß § 2 Abs. 2 Raumordnungsgesetz sind unter Nr. 5 Kulturlandschaften mit ihren prägenden Bestandteilen, insbesondere historischen Kulturdenkmälern zu erhalten und zu entwickeln. Die Denkmalschutzbehörde verweist in diesem Zusammenhang auf die Militärlandschaft des Landkreises Teltow-Fläming. Die ehemalige Heeresversuchsanstalt Kummersdorf ist zentraler Teil dieser Kulturlandschaft. Es handelt sich hier um das flächenmäßig größte Denkmal Brandenburgs und das einzige, das sowohl Boden-, als auch Bau- und technisches Denkmal ist. Das Denkmal hat nationale und internationale Bedeutung. In einer Masterarbeit der BTU Cottbus (Hans Hack 2010) wird ihm das Potenzial einer UNESCO-Welterbestätte zuerkannt.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Im Vorentwurf wurden Denkmalbelange berücksichtigt. Sie gingen in die Abwägung ein. Grundlage für harte Ausschlusskriterien ist die Lage der jeweiligen historischen Kulturdenkmale. Ganze Kulturlandschaften oder gar die gesamte Militärlandschaft des Lkr. Teltow-Fläming kann aus Sicht der Gemeinde Am Mellensee nicht als generelles Ausschlusskriterium für die Nutzung der Windkraft herangezogen werden, da die Gemeinde der Nutzung der Windkraft substanziell Raum geben muss, um sie an anderen Stellen der Gemeinde ausschließen zu können. Die weichen Ausschlusskriterien wurden durch die Gemeinde im Vorfeld bewertet, abgewogen und beschlossen.
10	L1201	Unrichtig wird im Bericht zum Teilflächennutzungsplan behauptet, die Umrisse der beiden Schießbahnen markierten die "Umgebung" einzelner Denkmale. Es handelt sich dabei vielmehr um das Denkmal selbst. Die Heeresversuchsanstalt ist auch keine Fläche, auf der sich einzelne Denkmale befinden, sondern ein einziges, zusammenhängendes Denkmal. Die Umrisse der beiden Schießbahnen sind zudem aus rein pragmatischen Erwägungen und höchst ungenau festgelegt. Es bedarf hier dringend einer genauen Einmessung. Zudem ist die Fläche zwischen den beiden Schießbahnen, die in einem spitzen V auseinanderlaufen, bislang keineswegs auf eventuellen Denkmalwert untersucht worden. Vielmehr ist anzunehmen, dass sie zum Denkmal hinzugehört, da der Verlauf der beiden Schießbahnen bewusst gewählt sein dürfte. Der Grund hierfür ist wahrscheinlich die Streuung der Artilleriegeschosse bei ihrem Abschuss. Nur durch einen gewissen Abstand zwischen den Schießbahnen war die genaue Untersuchung ihrer Flugbahn, Geschwindigkeit, Wirkung etc. möglich.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Im Vorentwurf wurden Denkmalbelange berücksichtigt. Sie gingen in die Abwägung ein. Grundlage für harte Ausschlusskriterien ist die Lage der jeweiligen historischen Kulturdenkmale. Ganze Kulturlandschaften oder gar die gesamte Militärlandschaft des Lkr. Teltow-Fläming kann aus Sicht der Gemeinde Am Mellensee nicht als generelles Ausschlusskriterium für die Nutzung der Windkraft herangezogen werden, da die Gemeinde der Nutzung der Windkraft substanziell Raum geben muss, um sie an anderen Stellen der Gemeinde ausschließen zu können. Die weichen Ausschlusskriterien wurden durch die Gemeinde im Vorfeld bewertet, abgewogen und beschlossen. Dementsprechend werden die Schießbahnen flächenhaft als Tabukriterium berücksichtigt, jedoch ohne darüber hinausgehende Abstände.
10	L1201	Der derzeit gültige FNP der Gemeinde weist das Denkmal insoweit auch nicht korrekt aus. Im FNP ist nämlich nicht das Denkmal als Einheit, sondern als Vielzahl einzelner denkmalgeschützter Anlagen und Bauten eingezeichnet. Das wäre unbedingt zu korrigieren.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Grundlage für den TFNP Wind ist der gültige FNP der Gemeinde. Eine Korrektur der Lage der Denkmale im Gemeindegebiet ist nicht Gegenstand der vorliegenden Planung sondern müsste bei Neuaufstellung des FNP berücksichtigt werden.
10	L1201	Nach den Bestimmungen des Brandenburgischen Denkmalschutzgesetzes (BbgDSchG) sind Denkmale als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft zu schützen, zu erhalten, zu pflegen und zu erforschen (Grundsätze §1 Abs. 1). Maßnahmen an Denkmälern und ihrer Umgebung sind nur dann erlaubnisfähig, wenn sie denkmalpflegerischen Grundsätzen entsprechen (§ 9 Abs. 2) oder entgegenstehende öffentliche oder private Interessen überwiegen und sie nicht auf andere Weise oder nur mit unverhältnismäßigem Aufwand berücksichtigt werden können. Weder ist ein überwiegendes öffentliches Interesse noch ein unverhältnismäßiger Aufwand nachgewiesen, sollten auf den ausgewiesenen Flächen keine WEA möglich sein. In der Abwägung öffentlicher Interessen ist zu berücksichtigen, dass die Belange des Denkmalschutzes einen hohen Rang genießen. Sie sind in der Brandenburgischen Landesverfassung unter Art. 34 Abs. 2 Satz 2 verankert.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurde das BbgDSchG berücksichtigt, der Grundsatz ging in die Abwägung ein. Im Entwurf wird in der Abwägung detailliert auf die §§ 1 Abs. 1 und Abs. 2 BbgDSchG eingegangen.

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
10	L1201	Den Forderungen der internationalen Konventionen entsprechend, hat sich die Öffentlichkeit im November 2008 in einer Projektgruppe zusammengefunden, um eine dem Denkmal entsprechende und der Gesellschaft nützliche Funktion des Geländes zu finden. Die Projektgruppe setzt sich aus Vertretern der Gemeinden, der Fachämter des Landkreises, des Brandenburgischen Landesamts für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseums (BLDAM), der BTU Cottbus, dem Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaft der Bundeswehr, des ortsansässigen Fördervereins und der Forst zusammen. Die Geschäftsführerin des Brandenburgischen Museumsverbands hat den Vorsitz der Projektgruppe übernommen. Diese breite Beteiligung öffentlicher Institutionen in dieser Projektgruppe spiegelt zum einen das starke öffentliche Interesse an der Entwicklung der Liegenschaft wieder, folgt aber auch den Forderungen denkmalpflegerischer Grundsätze.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
10	L1201	Als einzige Nutzung des Areals, die im Sinne denkmalpflegerischer Grundsätze möglich ist, kristallisierte sich die museale Entwicklung des Geländes heraus, für die schon 2011 von der Projektgruppe ein Gesamtkonzept unter verschiedenen fachlichen Aspekten vorgelegt wurde. Diese Nutzung ermöglicht den Schutz, die Erhaltung, die Pflege und die Erforschung des Denkmals, dessen einzelne Bestandteile noch bei weitem nicht in Gänze erfasst und untersucht worden sind. Eine touristische, museale Nutzung für historische und politische Bildung schließt im Übrigen weitere wirtschaftliche Nutzungsmöglichkeiten nicht grundsätzlich aus.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Grundlage für den TFNP Wind ist die derzeitige Nutzung bzw. ausbleibende Nutzung. Die Gemeinde erachtet die Möglichkeit der Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen der Nutzung der Windkraft als wahrscheinlicher als die bereits seit 10 Jahren in Planung befindliche Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen anderer Nutzungen (Museum)
10	L1201	Allerdings würde aber gerade diese denkmalgerechte Nutzung durch die Ausweisung der Standorte für Windkraftanlagen ausgeschlossen. Rein wirtschaftliche Erwägungen würden das historische Erbe für künftige Generationen unwiederbringlich zerstören.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Grundlage für den TFNP Wind ist die derzeitige Nutzung bzw. ausbleibende Nutzung. Die Gemeinde erachtet die Möglichkeit der Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen der Nutzung der Windkraft als wahrscheinlicher als die bereits seit 10 Jahren in Planung befindliche Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen anderer Nutzungen (Museum)
10	L1201	Windkraftanlagen dominieren vor allem durch die Betonung der Vertikalen die denkmalgeschützte Kulturlandschaft. Sie lenken, auch durch die Bewegung und Geräusche der Rotoren, durch Schattenwurf und Lichtblitze (Diskoeffekt) von den einzelnen Objekten ab und verhindern eine Erfassung des Gesamtareals. Windkraftanlagen überragen die vorhandenen historischen Landmarken bei weitem und stehen durch ihre enorme Nabenhöhe in keinem Verhältnis zu der sie umgebenden Landschaft.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurde die Dominanzwirkung der WEA thematisiert. Im Entwurf wird in der flächenbezogenen Abwägung detailliert auf die regionalen Besonderheiten aller Potentialflächen eingegangen.
10	L1201	Die ausgewiesenen Standorte für Windkraftanlagen lassen das Gelände durch die so ermöglichte technogene Überformung als industrialisierte Landschaft wahrnehmen. Diese sehr augenfällige gewerbliche Entwertung des Areals überlagert und zerstört somit den Charakter der historischen Anlagen, die zur kontemplativen Auseinandersetzung mit Geschichte und Krieg aufrufen. Vor allem im Zusammenwirken weiterer WEA, die offensichtlich durch die Nachbargemeinde am nördlichen Ende der westlichen Schießbahn geplant werden, wird ein Konglomerat von WEA im Zentrum des Denkmals zwischen den Schießbahnen keine Funktion von "Landmarken" zur Veranschaulichung des Denkmals (Verlauf der Schießbahnen) übernehmen können. Vielmehr würde das Denkmal in der Fülle von WEA völlig untergehen.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurde die Dominanzwirkung der WEA thematisiert. Es wurde auf Nachbarplanungen eingegangen Im Entwurf wird in der flächenbezogenen Abwägung detailliert auf die regionalen Besonderheiten aller Potentialflächen eingegangen.
10	L1201	Dies ist umso gravierender, als auf dem Gelände auch noch zahlreiche Kriegstote ihre letzte Ruhestätte gefunden haben. Als so genanntes Ausbruchgebiet aus dem "Halber Kessel" fanden auch in Kummersdorf vor allem zwischen dem 30. April und dem 2. Mai 1945 Kampfhandlungen statt. Die Kummersdorfer Chronik berichtet in diesem Zusammenhang von etwa 2000 Toten, hauptsächlich Soldaten. In der Gräberliste für öffentlich gepflegte Gräber sind 830 Tote erfasst. Diese wurden 1950 auf den neu angelegten örtlichen Friedhof aus einem Massengrab auf dem Gelände der Heeresversuchsstelle umgebettet. Der Verbleib der restlichen Toten auf dem Gelände ist nach wie vor nicht geklärt. Das Kummersdorfer Areal gilt im Sinne der "Ordnungsbehördlichen Verordnung zum Schutz von Kriegsstätten" des Landes Brandenburg vom 16. September 1993 als ehemalige Kriegsstätte im Landkreis Teltow-Fläming.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
10	L1201	Gerade die vollständige historische Überlieferung des über Jahrzehnte unberührt gebliebenen Denkmalbestands zeichnet die ehemalige Heeresversuchsanstalt Kummersdorf-Gut aus. Wesentlich für die Integrität des Denkmals ist die zusammenhängende, bewaldete Fläche , die bislang von jeglichen Eingriffen verschont geblieben ist. Hierin liegt ein Hauptaspekt der weltweiten Einzigartigkeit des Denkmals.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurden Denkmalbelange berücksichtigt. Im Entwurf wird in der flächenbezogenen Abwägung detailliert auf die regionalen Besonderheiten aller Potentialflächen eingegangen.

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
10	L1201	Die Geländemodulation, ebenso wie die Trassen und Wegführungen auf dem Gelände wichtiges Zeugnis der historischen Logistik der Versuchsstelle, würden durch die Windkraftanlagen mit ihrer Zuwegung und Infrastruktur zerstört. Schwere und irreversible Eingriffe sowie teilweise Zerstörung der Substanz des Denkmals wären auch durch die Fundamente und die Errichtung der WEA zu befürchten.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurden Denkmalbelange berücksichtigt. Im Entwurf wird in der flächenbezogenen Abwägung detailliert auf die regionalen Besonderheiten aller Potentialflächen eingegangen. Ebenso wird im Entwurf auf die baubedingten, anlagebedingten und betriebsbedingten Wirkfaktoren eingegangen.
10	L1201	Gemäß § 2 Abs. 3 BbgDSchG unterliegt auch die nähere Umgebung eines Denkmals den Schutzbestimmungen, soweit sie für dessen Erhaltung, Erscheinungsbild oder städtebauliche Bedeutung erheblich ist. Die eingezeichneten Flächen für Windkraftanlagen beeinträchtigen das Denkmal unter allen drei Aspekten erheblich. Sie lassen weder die Wahrnehmung der Umrissse noch der einzelnen Bestandteile des Denkmals zu.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurden Denkmalbelange inklusive Umgebungsschutz berücksichtigt. Im Entwurf wird in der flächenbezogenen Abwägung detailliert auf die regionalen Besonderheiten aller Potentialflächen eingegangen.
10	L1201	Der Erläuterungsbericht zum sachlichen Teilflächennutzungsplan lässt jede ernst zu nehmende Auseinandersetzung mit der Bedeutung, der Geschichte und historischen Aussagekraft oder etwaigen Entwicklungsperspektiven des Denkmals vermissen und bezieht diese in den Abwägungsprozess nicht hinreichend ein. So gehen aus dem FNP keine Ergebnisse eines von der Gemeinde beschlossenen städtebaulichen Entwicklungskonzeptes oder einer von ihr beschlossenen sonstigen städtebaulichen Planung gemäß § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB hervor, die sich auf das Denkmal beziehen würden.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Im Vorentwurf wurden die Denkmalbelange berücksichtigt und im Zusammenhang mit anderen Belangen abgewogen. Der vorliegende TFNP Wind ist ein eigenständiges Verfahren. Die Neuaufstellung des gültigen FNP oder ein städtebauliches Entwicklungskonzept wären ebenfalls eigenständige Verfahren.
10	L1201	Der gewählte Begriff "Hinterlassenschaften" (vgl. S. 42, 43, 63, 67 und 68) und die Einschätzung des Denkmals als "anthropogene Vorbelastung" (S. 42) zeugen von geringem Bemühen, den historischen Wert und die Zeugnis kraft des Denkmals zu erfassen und ihm gerecht zu werden. Unzulässiger Weise werden denkmalschutzrechtliche Belange gegen die "Lebensqualität der Menschen" ausgespielt. Auch kann von einer "Konkurrenz" zwischen den Denkmalen in Wünsdorf und dem Denkmal Heeresversuchsstelle Kummersdorf keine Rede sein, da es sich um völlig unterschiedliche Zeitschichten, Nutzungen, Bauten, Anlagen etc. handelt.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurde im Rahmen der flächenbezogenen Abwägung der "hohe kulturgeschichtliche Wert" der Denkmale benannt und berücksichtigt. Gleichwohl kommt die Gemeinde in der Abwägung zu dem Schluss, dass sie der Nutzung der Windenergie in der Umgebung von Denkmalen, die für die Öffentlichkeit derzeit nicht zur Verfügung steht, eher substantiell Raum verschaffen möchte als in der Umgebung von Wohnbereichen, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen. Dies begründet die Gemeinde im Abwägungsergebnis mit weniger starken Auswirkungen auf die Lebensqualität der Öffentlichkeit. Auf die Bezeichnung "Hinterlassenschaft" wird im Rahmen des Entwurfs verzichtet, dies wird redaktionell geändert. Die Abwägung berücksichtigt den "hohen kulturgeschichtlichen Wert" im Vergleich zu weniger kulturgeschichtlich wertvollen Bereichen des Gemeindegebietes, genauso wie die "anthropogene Vorbelastung" im Vergleich zu unversiegelten oder weniger veränderten Bereichen im Gemeindegebiet.
10	L1201	Im Bericht werden unzulässiger Weise der aus der Gewerbesteuer zu erwartende Profit mit Einnahmen aus einer musealen Nutzung verglichen. Das Bestreben nach optimaler Ausnutzung eines Grundstücks muss jedoch hinter den Schutz des Denkmals zurücktreten (BVerfG, Beschluss vom 2.3.1999). Die Eigentumsgarantie aus Art. 14 Abs. 1 GG bezieht sich zudem nicht auf die öffentliche Hand, also weder die Gemeinde noch das Land als Denkmaleigentümer. Der gesellschaftliche Nutzen aus einer Entwicklung der ehemaligen Heeresversuchsanstalt zum Lernort für historische und politische Bildung dürfte außerdem erheblich nachhaltiger sein und rein ökonomische Vorteile überwiegen.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Grundlage für den TFNP Wind ist die derzeitige Nutzung bzw. ausbleibende Nutzung. Die Gemeinde erachtet die Möglichkeit der Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen der Nutzung der Windkraft als wahrscheinlicher als die bereits seit 10 Jahren in Planung befindliche Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen anderer Nutzungen (Museum)
10	L1201	Aus der Tatsache, dass das Land Brandenburg als Denkmaleigentümer seiner gesetzlichen Erhaltungspflicht nicht nachkommt und das Denkmal verwahrlosen lässt kann die Gemeinde nicht ableiten, es seien beim Eigentümer keine Mittel für den Denkmalerhalt vorhanden. Auch folgt daraus für die Gemeinde nicht das Recht, ihrerseits die gesetzlichen Verpflichtungen zu vernachlässigen: ex iniuria ius non oritur.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Grundlage für den TFNP Wind ist die derzeitige Nutzung bzw. ausbleibende Nutzung. Die Gemeinde erachtet die Möglichkeit der Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen der Nutzung der Windkraft als wahrscheinlicher als die bereits seit 10 Jahren in Planung befindliche Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen anderer Nutzungen (Museum)

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme		Abwägung
10	L1201	Eine positive Stellungnahme der Denkmalschutzbehörde kann perspektivisch nur dann in Betracht gezogen werden, wenn seitens des Landes als Eigentümer des Denkmals ein Conservation-Management Plan für das Denkmal vorgelegt wird. Das bedeutet, dass für das Denkmal selbst verbindliche Entwicklungsziele festgelegt und umgesetzt werden. Erst im zweiten Schritt wären dann die Flächennutzungspläne der anliegenden Gemeinden darauf abzustimmen. Nur unter solchen Voraussetzungen wären WEA im Umfeld der ehemaligen Heeresversuchsanstalt denkbar. Aus den vorgenannten Gründen sind Windkraftanlagen sowohl auf dem Gelände der ehemaligen Heeresversuchsanstalt als auch in ihrer Umgebung, insbesondere zwischen den beiden Schießbahnen nicht zulässig.		Dem Einwand wird nicht zugestimmt Ein Conservation-Management Plan bzw. eine Neuaufstellung des gültigen FNP sind nicht Gegenstand des vorliegenden Verfahrens. Das vorliegende Verfahren berücksichtigt den Ist-Zustand im Rahmen der Abwägung und unter Berücksichtigung eines gesamträumlichen Konzeptes.
10	L1201	Bodendenkmalpflege: Im Bereich der Potentialflächen der o. g. Planung sind derzeit 13 ortsfeste Bodendenkmale bekannt, deren Schutz durch das "Gesetz über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg" (BbgDSchG) geregelt ist:	Landes- nummer: 130869 130652 130632 130897 130698 130714 130901 130921 130683 130695 130692 130288 130350	Art/Charakter des Bodendenkmals: Siedlung der Bronzezeit, Rast- und Werkplatz der Steinzeit Siedlung der Steinzeit Militärische Anlage der Neuzeit Rast- und Werkplatz der Steinzeit, Hort der Bronzezeit Siedlung des deutschen Mittelalters Rast- und Werkplatz des Mesolithikums, Siedlung des Neolithikums Rast- und Werkplatz der Steinzeit Siedlung der Bronzezeit, Acker des deutschen Mittelalters, Siedlung der Steinzeit, Acker der Neuzeit Siedlung der Eisenzeit, Rast- und Werkplatz der Steinzeit Blechhütte des deutschen Mittelalters Landwehr der Neuzeit, Landwehr des deutschen Mittelalters Siedlung der Bronzezeit, Rast- und Werkplatz des Paläolithikums, Rast- und Werkplatz des Mesolithikums Landwehr der Neuzeit
10	L1201	Bodendenkmale sind im öffentlichen Interesse als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg zu schützen und zu erhalten (§§1, 2 und 7 BbgDSchG). Dies bedeutet, dass auf den Flächen der vorgenannten Bodendenkmale keine Windkraftanlagen errichtet werden dürfen. Gleichfalls dürfen dort keine Materiallagerplätze eingerichtet werden, Zuwegungen dürfen nicht über die Bodendenkmalflächen geführt werden und dort sind möglichst keine Kabeltrassen zu verlegen.		Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird auf die §§ 1, 2 und 7 BbgDSchG eingegangen und Restriktionen benannt, welche in nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen sind.
10	L1201	Eine shape-Datei mit Darstellung der vorgenannten Bodendenkmale erhält der Vorhabensträger von der Denkmalfachbehörde. Die ortsfesten Bodendenkmale sind maßstäblich in die weiteren Pläne zu übernehmen und mit der Signatur "BD" zu kennzeichnen.		Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
10	L1201	Die Bodendenkmale 130692 und 130350 sind von besonderer landesgeschichtlicher Bedeutung und stehen unter einem besonderen Schutz. Es handelt sich hierbei um obertägig sichtbare Landwehren. Bei oberirdisch sichtbaren Bodendenkmalen ist der Schutzstatus aufgrund des besonderen Zeugniswertes und der Ansichtigkeit dahingehend erweitert, dass nicht nur der Bodendenkmalbereich an sich, sondern gem. BbgDSchG § 2, Abs. 3 auch dessen Umgebung (250 m) zu schützen und von einer Bebauung oder sonstigen Veränderung auszuschließen ist (s. Anlage 2).		Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden die genannten Bodendenkmale inkl. 250 m als Ausschlusskriterium dargestellt.
10	L1201	In diversen Abschnitten des Vorhabenbereichs besteht zudem aufgrund fachlicher Kriterien die begründete Vermutung, dass hier bislang noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind (siehe Anlage).		Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
10	L1201	Die Vermutung gründet sich u. a. auf folgende Punkte: 1.) Bei den ausgewiesenen Bereichen handelt es sich um Areale, die in der Prähistorie siedlungsgünstige naturräumliche Bedingungen aufwiesen, da sie ehemals in Niederungs- bzw. Gewässernähe an der Grenze unterschiedlicher ökologischer Systeme lagen. Nach den Erkenntnissen der Urgeschichtsforschung in Brandenburg sind derartige Areale aufgrund der begrenzten Anzahl siedlungsgünstiger Flächen in einer Siedlungskammer als Zwangspunkte für die prähistorische Besiedlung anzusehen.		Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
10	L1201	2.) Die ausgewiesenen Flächen entsprechen ihrer Topographie derjenigen Fundstellen in der näheren Umgebung.		Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
10	L1201	3.) In unmittelbarer Nähe der ausgewiesenen Flächen sind Bodendenkmale registriert, bei denen davon auszugehen ist, dass sie sich weit über die aktenkundig belegte Ausdehnung hinaus bis in die Vermutungsbereiche erstrecken.		Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
10	L1201	4.) In einigen ausgewiesenen Vermutungsbereichen deuten Bodenfunde auf das Vorhandensein von Bodendenkmalen hin.		Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich

Hinweis wird zur Kenntnis genommen
Eine Abwägung ist nicht erforderlich

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
10	L1201	5.) Im Bereich der ehemaligen Heeresversuchsanstalt ist mit Überresten von Bauten, wie z. B. Beobachtungs- und Geschützstellungen zu rechnen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
11		Zum Vorentwurf des sachlichen Teilflächennutzungsplanes (T-FNP) Windenergieanlagen der Gemeinde Am Mellensee gibt es bauordnungsrechtlich aus Sicht der unteren Bauaufsichtsbehörde keine Bedenken.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
12		Aus naturschutzrechtlicher Sicht ist momentan die Verwirklichung der beabsichtigten Planung nicht möglich weil dem Vorhaben rechtliche Vorgaben entgegenstehen, die ohne Zustimmung, Befreiung o.a. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung erfolgt im Folgenden für die einzelnen Einwände
12	A1002	<p>1.1 Fehlender Landschaftsplan (LP)</p> <p>Die Gemeinde hat bei der Erstellung städtebaulicher Pläne aufgrund der Bestimmungen des Baugesetzbuches die Berücksichtigung der Belange von Naturschutz und Landschaftspflege, also die sich insbesondere aus den §§ 1, 2, 20, 21 und des 3. Kapitels des BNatSchG ergebenden Erfordernisse und Maßnahmen, zu gewährleisten (vgl. §§ 1 Abs. 6 Nr. 7, 1a BauGB). Grundsätzlich sind auf der Ebene der Bauleitplanung die örtlichen Ziele, Maßnahmen und Erfordernisse des Naturschutzes und der Landschaftsplanung (§§ 9 ff BNatSchG) also konkret darzustellen. Diese Erfordernisse und Maßnahmen sind nach Maßgabe des § 11 Abs. 1 Satz 1 BNatSchG i. V. m. § 5 Abs. 1 BbgNatSchAG für die Planungsebene des FNP in einem LP darzustellen. Die Darstellungen des LP werden nach § 11 Abs. 3 BNatSchG sowie nach §§ 1 Abs. 6 und 7 und 5 Abs. 2 BauGB abgewogen und in einem zweiten Schritt in den FNP aufgenommen. Die so übernommenen Ziele und Maßnahmen sind dann von der Gemeinde, z. B. bei der Aufstellung von Bauleitplänen und von anderen Behörden zu berücksichtigen/beachten. Das gilt auch bei einer Fortschreibung oder einer wesentlichen, d. h. die Grundzüge der Planung berührenden, Änderung oder Ergänzung des FNP, auch bei einem Teil-FNP, wie hier der Fall.</p> <p>Insofern der LP nicht ordnungsgemäß aufgestellt ist, besteht die Gefahr von Abwägungsfehlern, weil bei Abweichung vom Inhalt des LP eine entsprechende Begründung im FNP gem. § 9 BNatSchG darzulegen wäre. Darüber hinaus sind im Rahmen der öffentlichen Auslegung eines Bauleitplans, hier FNP, gemäß § 3 Abs. 2 BauGB Landschaftspläne zwingend mit auszulegen, da sie in der Regel im Sinne des Baurechts "wesentliche umweltbezogene Stellungnahmen" darstellen (siehe auch neue naturschutzrechtliche Gesetzgebung ab dem 01. Juni 2013 - § 5 BbgNatSchAG). Auf diese Weise durchlaufen Bauleit- und Landschaftspläne gemeinsam und ohne gesonderten Aufwand die Beteiligung.</p> <p>Bezüglich des Landschaftsplanes wird daher darauf hingewiesen, dass gem. § 9 Abs. 4 BNatSchG auch die Landschaftsplanung fortzuschreiben ist.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Im vorliegenden Bauleitplanverfahren, der Aufstellung eines TFNP Windkraft inklusive Umweltbericht, werden die vorhandenen Bauleitpläne berücksichtigt. Der gültige FNP u.a. mit Darstellung von "Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft", also mit integriertem LP, wird als "wesentliche umweltbezogene Stellungnahme" mit ausgelegt um einen Abwägungsfehler zu vermeiden.</p> <p>Die Gemeinde berücksichtigt den Hinweis, dass bei Fortschreibung / Neuaufstellung des gültigen FNP auch der LP fortzuschreiben bzw. neu aufzustellen ist. Dies erfolgt in einem eigenständigen Bauleitplanverfahren.</p>
		Ein Umweltbericht kann die Fortschreibung des LP nicht ersetzen. Der Vorentwurf des T-FNP wurde ohne erforderlichen LP eingereicht. Ein Ermessen über die Aufstellung des LP hat die Gemeinde nicht, er ist auch dann aufzustellen, wenn kein FNP aufgestellt wird. Der Pflicht zur Aufstellung von LP ist spätestens dadurch nachzukommen, dass parallel zum FNP ein LP erarbeitet wird. Die Heranziehung der Aussagen aus dem Landschaftsrahmenplan des Landkreises sind nicht ausreichend, um die Ziele und Erfordernisse des Naturschutzes . entsprechend in der Abwägung zu berücksichtigen.	<p>Dem Einwand wird teilweise zugestimmt</p> <p>Bei vorliegendem Teil-FNP Wind handelt es sich um Änderung des gültigen FNP, ausschließlich im sachlichen Teil Wind. Alle vorhandenen Bauleitpläne inklusive dem LP werden im vorliegenden Bauleitplanverfahren berücksichtigt, eine Umweltprüfung wird durchgeführt. Ergänzt werden die vorhandenen kommunalen Fachpläne um die Aussagen des Landschaftsrahmenplans.</p> <p>Die Gemeinde berücksichtigt den Hinweis, dass bei Fortschreibung / Neuaufstellung des gültigen FNP auch der LP fortzuschreiben bzw. neu aufzustellen ist. Dies erfolgt in einem eigenständigen Bauleitplanverfahren.</p>

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
		Entgegen der Aussage in der Begründung zum T-FNP, Seite 53, liegt für das Gemeindegebiet ein LP, Stand 1999/2001 und eine entsprechende Bestätigung der UNB dazu vom 20.08.2001 vor. Da der vorliegende LP jedoch noch keine Auseinandersetzung mit dem Thema Windkraft beinhaltet, ist nunmehr auch eine Fortschreibung des LP als sachlicher Teilplan erforderlich. Eine ausreichende Auseinandersetzung mit den Zielen, Maßnahmen und Erfordernissen des Naturschutzes und der Landschaftspflege erfolgte bisher nicht. Des Weiteren ist auf Grund der im Umweltbericht überschläglichen, jedoch unvollständigen, Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung nicht ersichtlich, ob die mit der Planung vorbereiteten erheblichen Eingriffe in Natur und Landschaft überhaupt innerhalb des Gemeindegebietes oder zumindest im Naturraum kompensierbar sind.	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Der LP, Stand 1999/2001 wird berücksichtigt. Im vorliegenden Teil-FNP Windkraft wird das Thema Windkraft vollumfänglich berücksichtigt. Die Auseinandersetzung mit den Zielen, Maßnahmen und Erfordernissen des Naturschutzes und der Landschaftspflege erfolgt mittels entsprechender Ausschluss- und Eignungskriterien, welche im Planungsverlauf entsprechend der Hinweise und Einwendungen weiterentwickelt werden sowie mittels Abwägungsbelange der einzelnen Schutzgüter, u.a. Natur- und Landschaftsschutz.</p> <p>Die Eingriffs- Ausgleichsbilanzierung wird hinsichtlich potentieller Kompensation im gleichen Naturraum ergänzt.</p>
12	H8006	<p>1.2 Unzureichende Eingriffsbewertung, hier überschlägliche Darstellung von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen gemäß § 14 BNatSchG</p> <p>Der mit der Ausweisung einer Konzentrationsfläche für Windkraft zu erwartende (auf der Ebene der Flächennutzungsplanung vorbereitete) Eingriff in Natur und Landschaft ist grundsätzlich nach den Regeln des Bundesnaturschutzgesetzes zu ermitteln. Ein Verzicht bzw. der Verweis auf nachfolgende Planungs- und Genehmigungsverfahren ist unzureichend. Beispielhaft wird nur für das Schutzgut Boden eine überschlägliche Eingriffsbilanzierung dargestellt. Die in der Begründung zum T-FNP angegebenen Entseelungspotenziale im Bereich der ehemaligen Militärliegenschaft sind aufgrund des Denkmalschutzes wohl schwer umsetzbar.</p> <p>Es fehlt völlig die Darstellung der Eingriffe in das Schutzgut Arten und Biotope, selbst schon durch den Verlust an Waldflächen. Aussagen zu erforderlichen Ersatzaufforstungsflächen fehlen völlig. Zudem müssen für diese Flächen (prioritär im Gemeindegebiet, zumindest jedoch im Naturraum laut Landschaftsprogramm) im LP auch aktuelle Bestandsaufnahmen erfolgen, da vorhandene Daten aus dem LP bzw. LP-Entwurf (2013) insbesondere auf der ehemaligen militärischen Liegenschaft der fortschreitenden Sukzession unterliegen und ggf. nicht mehr zur Verfügung stehen.</p> <p>Grundsätzlich sind das Prognostizieren der gesamten zu erwartenden Beeinträchtigungen (Konfliktanalyse) sowie Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen und die Ableitung daraus resultierender Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in ausreichender Flächengröße bereits in der Fortschreibung des LP erforderlich.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Im vorliegenden Bauleitplanverfahren, der Aufstellung eines TFNP Windkraft inklusive Umweltbericht, wird die Eingriffsbewertung im Entwurf detaillierter entsprechend der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung berücksichtigt. Die Gemeinde berücksichtigt den Hinweis, dass bei Fortschreibung / Neuaufstellung des gültigen FNP auch der LP fortzuschreiben bzw. neu aufzustellen ist. Dies erfolgt in einem eigenständigen Bauleitplanverfahren. Hier ist dann grundsätzlich das Prognostizieren der gesamten zu erwartenden Beeinträchtigungen (Konfliktanalyse) sowie Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen und die Ableitung daraus resultierender Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in ausreichender Flächengröße im Rahmen der Fortschreibung des LP erforderlich.</p>
12		<p>1.3 Unvollständige Berücksichtigung der Aussagen des Landschaftsprogrammes (La Pro), hier Teil Biotopverbund, und des Landschaftsrahmenplanes (LRP)</p> <p>Das Landschaftsprogramm (La Pro) wurde 2001 aufgestellt. Es enthält Leitlinien, Entwicklungsziele, schutzgutbezogene Zielkonzepte und die Ziele für die naturräumlichen Regionen Brandenburgs. Zumindest im Umweltbericht (UB) sind alle Ziele und Maßnahmen des Naturschutzes entsprechend des Landschaftsprogrammes Brandenburg, hier inklusive des bisher unbeachteten Teiles "Biotopverbund", zu berücksichtigen. Beispielsweise bleibt im UB unerwähnt, dass die Konzentrationsfläche eine Waldfläche überlagert, die als "Korridor für waldbundene Arten mit großem Raumanspruch" besondere Bedeutung als Verbindungsfläche im Biotopverbund besitzt. Dieses Ziel spiegelt sich auch im LRP derart nieder, dass hier zumindest Teilflächen innerhalb der Konzentrationsfläche als Fläche mit nationaler/ länderübergreifender Bedeutung für den Biotopverbund dargestellt werden (vgl. auch Projekt "Ökologischer Korridor Südbrandenburg" Des Weiteren wird im LRP für den Raum auch das Ziel "Erhalt unzerschnittener Räume" definiert. In unmittelbarem Umfeld der beabsichtigten Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung befinden sich mehrere Wildtierquerungen über die B 101 neu (vgl. Darstellungen im Biotopverbund des La Pro).</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Der Umweltbericht wird um die genannten Aspekte aus La Pro und LRP ergänzt /aktualisiert</p>

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
12		<p>Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anforderungen oder der Überwindung (z.B. Ausnahmen oder Befreiungen):</p> <p>zu 1.1</p> <p>Es ist spätestens bis zur TÖB nach § 4 Abs. 2 BauGB die Fortschreibung des LP zu erstellen und im Rahmen der öffentlichen Auslegung des FNP gemäß § 3 Abs. 2 BauGB mit auszulegen. In der Regel sollen Landschaftspläne von Personen erstellt werden, die zur Führung der Berufsbezeichnung "Landschaftsarchitektin" oder "Landschaftsarchitekt" berechtigt sind oder die die Befähigung gemäß § 5 BbgArchG nachweisen können; Bestandserfassung und Bewertung sollen weitestgehend mit allgemein anerkannten naturwissenschaftlichen Prüfmethoden erfolgen. Darüber, welche Methoden für das jeweilige Plangebiet als allgemein anerkannte Regeln der Technik (in der Theorie richtig und in der Praxis bewährt) anzusehen sind, können sich die Gemeinden auch beim Landesumweltamt informieren. Die Planung erfolgt verbal argumentativ.</p> <p>Im LP erfolgt neben der Einschätzung der Betroffenheit vorgenannter naturschutzrechtlicher Schutzkategorien auch eine Bewertung der zu erwartenden Beeinträchtigungen und daraus abgeleitet die Zulässigkeit aus naturschutzrechtlicher Sicht sowie Möglichkeiten der . Kompensation aus naturschutzfachlicher Sicht. Entsprechende Ausgleichs und Ersatzflächen sind nach Darstellung des LP im T-FNP (zumindest überschlägig) vorzuhalten.</p> <p>Gem. § 5 Abs. 4 BbgNatSchAG ist bei der Aufstellung von Landschaftsplänen durch kreisangehörige Gemeinden die Untere Naturschutzbehörde zu beteiligen.</p>	<p>Dem Einwand wird teilweise zugestimmt</p> <p>Im vorliegenden Bauleitplanverfahren, der Aufstellung eines TFNP Windkraft inklusive Umweltbericht, wird die Eingriffsbewertung im Entwurf detaillierter entsprechend der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung berücksichtigt. Der gültige FNP u.a. mit Darstellung von "Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft", also mit integriertem LP, wird berücksichtigt.</p> <p>Die Gemeinde berücksichtigt den Hinweis, dass bei Fortschreibung / Neuaufstellung des gültigen FNP auch der LP fortzuschreiben bzw. neu aufzustellen ist. Dies erfolgt jedoch in einem eigenständigen zeitlich nachgeordnetem Bauleitplanverfahren (Fortschreibung/Neuaufstellung von FNP sowie LP). Hier ist dann grundsätzlich das Prognostizieren der gesamten zu erwartenden Beeinträchtigungen (Konfliktanalyse) sowie Vermeidungs- und Minimierungsmaßnahmen und die Ableitung daraus resultierender Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen in ausreichender Flächengröße im Rahmen der Fortschreibung des LP erforderlich.</p>
12		<p>zu 1.2</p> <p>Darstellung von Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft, zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen und/oder Flächen oder Maßnahmen zum Ausgleich (jeweils gemäß §§ 1 a, 5 und/oder 9 BauGB).</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Der gültige FNP u.a. mit Darstellung von "Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft", also mit integriertem LP, wird berücksichtigt.</p>
12		<p>zu 1.3</p> <p>Überprüfung und Ergänzung der Unterlagen an Hand der Aussagen und Darstellungen vorhandenen Fachplanungen.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Der Umweltbericht wird um die genannten Aspekte aus La Pro und LRP ergänzt /aktualisiert</p>
12	L1201	<p>Die Abwägung der Gemeinde im Entwurf des T-FNP zwischen den Belangen der Windenergienutzung und der historischen Kulturlandschaft/Denkmalerschutz sind nicht vollständig nachvollziehbar und können die Auseinandersetzung mit übergeordneten Planungen nicht ersetzen. Es fehlt die Berücksichtigung und Würdigung der "Naturschutzfachlichen Zielkonzeption für die gesamte militärische Liegenschaft Kummersdorf-Gut/Sperenberg unter besonderer Beachtung von Aspekten des Denkmalschutzes" (Gemeinde ist Gründungsmitglied in der Arbeitsgruppe, die dieses Zielkonzept unterstützt), hier als regionale Kulturlandschaft. Einige Teilflächen des Planungsgebietes sollen entsprechend der Zielkonzeption beispielsweise dem Prozessschutz/ bzw. dem forstlichen Nutzungsverzicht unterliegen (Wälder und Pionierwälder).</p> <p>Alle vorhandenen Fachplanungen, inklusive der aktuellen selektiven Biotopkartierung des LfU müssen hinzugezogen werden.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Die Abwägung wird um die Berücksichtigung der Naturschutzfachlichen Zielkonzeption ergänzt /aktualisiert.</p> <p>Alle vorhandenen Fachplanungen, inklusive der aktuellen selektiven Biotopkartierung des LfU werden hinzugezogen.</p>
12	H8004	<p>Artenschutz</p> <p>Aus der Sicht des Artenschutzes sind bei der Ermittlung der Eignungsfläche für die Konzentration von WKA in der Gemeinde Am Mellensee keine gravierenden Abwägungsfehler zu erkennen. Die Errichtung von WKA im Wald birgt dennoch in der Regel ein hohes Konfliktpotenzial hinsichtlich besonders geschützter Arten, das zu Einschränkungen bei der Ausnutzung des Gebietes und zu notwendigen Abschaltzeiten aus Fledermausschutzgründen führen kann.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Auf die genannten Einschränkungen, die sich aus dem Artenschutz ergeben wird hingewiesen</p>
12	H8004	<p>Als Teil eines großflächigen Waldgebietes hat der Kiefernforst Bedeutung für den Fledermausschutz zumal nördlich der Fläche in den ehemaligen Militäranlagen verschiedene Fledermausschutz winter- und Sommerquartiere bekannt sind. Unter anderem wurde etwa 2,5 km NO eine der wenigen bekannten Wochenstuben der Nordfledermaus in Brandenburg festgestellt. In den Baur beständen ist daher mit Wochenstuben zu rechnen und entlang von Waldinnenrändern mit verstärkter Jagdaktivität.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Auf die genannten Einschränkungen, die sich aus dem Artenschutz ergeben wird hingewiesen</p>

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
12	H8002	Am östlichen Rand der Fläche sind aus der Adebar-Kartierung Nachweise des Ziegenmelkers bekannt, der sensibel auf WKA reagiert. Dies könnte zu Einschränkungen der Nutzbarkeit der Fläche für WKA führen, stellt jedoch auf der Ebene der Flächennutzungsplanung die Fläche nicht grundsätzlich als Eignungsgebiet in Frage. Auf der Fläche selbst sind neben dem randlichen Ziegenmelker zwei Schwarzspechtreviere kartiert. Dies lässt vermuten, dass weitere Höhlenbrüter (und Fledermausquartiere) als "Untermieter" auftreten werden. Höhlenbäume sind bei der konkreten Standort- und Wegeplanung zu berücksichtigen. Darüber hinaus ist ein Revier der ebenfalls wahrscheinlich empfindlich auf WKA der Waldschnepfe verortet worden.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Auf die genannten Einschränkungen, die sich aus dem Artenschutz ergeben wird hingewiesen
12	H8002	Ein Seeadlerhorst (Tabubereich 3 km) befand sich in den vergangenen Jahren an wechselnden Standorten nordwestlich der beplanten Fläche (ca. 3,5 - 4,5 km). In diesem Jahr war wieder ein Horst besetzt, die Brut wurde aber aus unbekannten Gründen aufgegeben.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Auf die genannten Einschränkungen, die sich aus dem Artenschutz ergeben wird hingewiesen
12		Hinweise: 1. Die aktuelle selektive Biotopkartierung des LfU ist zu verwenden. Insofern sich entgegen der Aussagen des T-FNP gesetzlich geschützte Biotopbereiche innerhalb der Konzentrationsfläche für Windenergieanlagen befinden, sind diese als Tabuflächen nachzutragen. 2. Im Umweltbericht sind insbesondere auch die planungsrelevanten Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege aus der Fachplanung der Gemeinde selbst, hier dem Landschaftsplan, heran zu ziehen. 3. Da es sich bei der Konzentrationsfläche überwiegend um Waldflächen im Sinne des LWaldG handelt, sind die Belange der Forstwirtschaft zu beachten.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden aktuelle Grundlagen verwendet; Belange der Forstwirtschaft werden berücksichtigt
13		Bei der verbliebenen Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung WE 4 "Zwischen den Schießbahnen" handelt es sich um einen über 100 Jahre genutzten ehemaligen Militärstandort. Auf der Fläche sind verschiedene Altlastverdachtsflächen erfasst. Oberflächengewässer sind nicht betroffen, jedoch teilweise die Trinkwasserschutzzonen III/1 und III/2 des Wasserwerkes Kummersdorf Gut. Aus Sicht der Unteren Wasserbehörde und der Unteren Abfallwirtschafts- und Bodenschutzbehörde bestehen keine Bedenken zum o.g. Teil-FNP, sofern die nachfolgenden Hinweise berücksichtigt werden:	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
13	K1101	Hinweise Die Errichtung von Windkraftanlagen innerhalb der Trinkwasserschutzzone III/1 und III/2 des Wasserwerkes Kummersdorf Gut sind möglich. Sofern die Anlage nicht außerhalb des Wasserschutzgebietes errichtet werden können oder die Zuwegungen durch das Schutzgebiet führen, sind entsprechende Schutzvorkehrungen für das Grundwasser einzuplanen bzw. ist mit Beschränkungen beim Materialeinsatz zu rechnen. Damit kann es zu erhöhten finanziellen Aufwendungen kommen. Konkrete Forderungen werden diesbezüglich jedoch erst im BImSch-Genehmigungsverfahren erhoben.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
13	F6001	Insbesondere im Süd-östlichen Teil der geplanten Konzentrationsfläche konzentrieren sich diverse Altlastverdachtsflächen. Zudem können die für die Erschließung der Windkraftanlagen notwendigen Kabeltrassen und Wege Altlastverdachtsflächen tangieren. Im weiteren Verfahren sind eine gutachterliche Bewertung der Altlastensituation - mit gegebenenfalls weiteren Erkundungen - und die daraus abzuleitenden Maßnahmen zu erarbeiten.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Auf der Ebene der Flächennutzungsplanung sieht die Gemeinde keine Notwendigkeit für die gutachterliche Bewertung der Altlastensituation. Im Entwurf wird ein Hinweis auf die Notwendigkeit einer solchen Bewertung im nachfolgenden Genehmigungsverfahren und daraus abzuleitende Maßnahmen eingefügt. Auch wird die unklare Altlastensituation in der Abwägung thematisiert.
14		Der Vorentwurf zur Aufstellung des Teilflächennutzungsplanes (Teil-FNP) der Gemeinde Am Mellensee mit dem Stand vom 21. Februar 2020 hat dem Landwirtschaftsamt gemäß § 4 Abs. 1 BauGB vorgelegen. Zur Aufstellungen des FNP in der vorgelegten Fassung werden nach derzeitigem Kenntnisstand keine Bedenken geäußert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
15		Wir bedanken uns für die Beteiligung an den o.a. Verfahren und teilen Ihnen mit, dass die Belange der Stadt Baruth/Mark durch die Planungen nicht berührt werden. Für die Durchführung Ihrer Vorhaben wünschen wir Ihnen viel Erfolg.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
16		Ergänzend zu unserer Stellungnahme vom 29.06.2020 möchten wir auf die Gefahren von Havarien hinweisen, die von Windenergieanlagen /Windindustrieanlagen ausgehen. Neben der Unfallgefahr und mögl. Umweltschäden durch Schadstoffe, möchten wir auf die Brandgefahr bei Windenergieanlagen/ Windindustrieanlagen hinweisen. Insbesondere an Schutzgebieten und Wäldern. Hier können ganze Gebiete einschl. Ortschaften gefährdet werden. Es gibt nach wie vor keine TÜV-Pflicht für Windenergieanlagen/ Windindustrieanlagen. Windenergieanlagen /Windindustrieanlagen können in großer Höhe nicht gelöscht werden.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich Die Stellungnahme ist in nachfolgenden Genehmigungsverfahren zu berücksichtigen.

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
16		Aufgrund der Fristen bis 17.7.2020, ist es in der Kürze der Zeit leider nicht möglich, alle Unterschriften für die Ergänzung erneut einzuholen. Wir bitten Sie, unsere Stellungnahmen und Einwendungen im TFNP zu berücksichtigen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
17		In dem aktuellen Vorentwurf wurden zur Ausweisung von Potenzialflächen für die Errichtung von Windkraftanlagen auf dem Gebiet der Gemeinde Am Mellensee alle abwägungsrelevanten Belange ausführlich untersucht. Das Ergebnis der Ausweisung der "Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung - zwischen den Schießbahnen" wird ausdrücklich begrüßt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
17		Diese Konzentrationsfläche wurde bereits in dem von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben im Zusammenwirken mit dem Land Brandenburg beauftragten Entwicklungskonzept "Heeresversuchsstelle Kummersdorf-Gut" vom Mai 2014 als potentielle Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen ausgewiesen (Lageplan - Anlage 1. Zudem hat das Ministerium der Finanzen und für Europa MdFE des Landes Brandenburg in seiner aktuellen Stellungnahme vom 28.02.2020 zur Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming die Regionale Planungsgemeinschaft darum gebeten, die Errichtung von Windenergieanlagen am Standort Sperenberg zu ermöglichen und entsprechende Windeignungsgebiete zu berücksichtigen. Auch in dieser Stellungnahme wurde die "Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung - zwischen den Schießbahnen" als potentielle Fläche für die Errichtung von Windenergieanlagen präferiert.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
17		Mit der entgeltlichen Bereitstellung von Flächen (z. B. durch Verpachtung von Teilflächen für die Errichtung von Windkraftanlagen) auf der ehemals militärisch genutzten Liegenschaft sollen Einnahmen generiert werden, um die Beseitigung von Altlasten, die Beräumung von Kampfmitteln und die Sicherung/ Sanierung einzelner denkmalgeschützter baulicher Anlagen durchführen zu können. Vor diesem Hintergrund ist es unabdingbar, auf dieser Konversionsliegenschaft auch Windkraftanlagen zu errichten. Zudem hat die Landesregierung in der vergangenen Legislaturperiode eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben, die die Untersuchung der Möglichkeiten eines "speicherbasierten Erneuerbare-Energien-Kraftwerks am Standort Sperenberg" zum Inhalt hatte. Im Ergebnis der Studie hat die Region der Liegenschaft Sperenberg damit die Möglichkeit, ein Leuchtturmprojekt der Energiewende werden. Die Umsetzung dieses Projektes hängt maßgeblich vom Ausbau erneuerbarer Energien auf der ehemaligen WAGT-Liegenschaft ab. Mit der Ausweisung der Konzentrationsfläche ist ein erster wesentlicher Schritt für dieses Projekt und für die künftige zivile Nachnutzung getan.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
17		Die Ausführungen im Teil-FNP zur Begründung der Ausweisung der Konzentrationsfläche sind schlüssig und nachvollziehbar. Denkmalfachlichen Bedenken wird insbesondere mit dem Argument der "Herausbildung eines Forschungs- und Entwicklungszentrums für erneuerbare Energien in Verbindung mit der Bewahrung und Demonstration des militärhistorischen Erbes" entgegen getreten.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
17	J1003	Die Errichtung von Windenergieanlagen auf der ehemaligen WAGT-Liegenschaft entlastet gleichzeitig die Menschen an anderen potenziellen Standorten, da auf dem Militärgelände eine Einschränkung des Schutzgutes Mensch nicht gegeben ist. Hier ist der Schutz der Menschen eindeutig über eine eventuelle Einschränkung der visuellen Gesamtwahrnehmung der militärischen Anlagen zu stellen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird in der Abwägung weiter auf diesen Aspekt verwiesen
17	H8006	Folgende Hinweise möchten wir Ihnen geben: 1. Unter Punkt 8.5.4.3 werden mögliche negative Auswirkungen auf geschützte Biotop durch den Bau der westlichen Erschließungsstraße der Schießbahn Ost und der östlichen Erschließungsstraße der Schießbahn West dargestellt. Diesbezüglich verweisen wir darauf, dass diese Wege im Rahmen der Umsetzung des von uns beauftragten Waldbrandschutzkonzeptes hergestellt werden und sich daraus möglicherweise Synergieeffekte für die Windenergienutzung ergeben können.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird in der Abwägung auf diesen Aspekt verwiesen
17	H8004	Im Rahmen der Erstellung der naturschutzfachlichen Gutachten zum Waldbrandschutzkonzept wurde ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erarbeitet. Darin wurden Habitatflächen und Einzelnachweise von Fledermäusen vorrangig nördlich der ehemaligen Start- und Landebahnen festgestellt (Punkt 8.5.4.4).	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird auf die genannten Nachweise eingegangen
17	L1201	Das Denkmal "Heeresversuchsanstalt Kummersdorf" ist in der Karte 1 ausgewiesen (nicht Karte 2 - Punkt 8.5.7.2).	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf erfolgt eine redaktionelle Änderung
17		Abschließend möchten wir nochmals feststellen, dass die Ausweisung der "Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung - zwischen den Schießbahnen" unsere uneingeschränkte Zustimmung findet.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
18		Durch die O. a. Planung werden die Belange der Telekom zurzeit nicht berührt. Im Planbereich befinden sich keine Telekommunikationslinien der Telekom.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
19		Für die Entwicklung der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf-Gut wäre die Installation von Windkraftanlagen in dieser zentralen Lage verheerend. Damit würde buchstäblich die Mitte des Geländes von neuzeitlichen technischen Großanlagen geprägt.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Im Vorentwurf wurden die Denkmalbelange berücksichtigt und im Zusammenhang mit anderen Belangen abgewogen.

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
19	H8007	Hinzu kommt, dass nicht auszuschließen sein dürfte, dass die benachbarte Gemeinde Nuthe-Urstromtal die Flächen für Windenergieanlagen auf ihrem Gebiet nochmals erheblich verlängern könnte. Die Geschichtslandschaft europäischer Dimension wäre empfindlich geschädigt, ja geradezu zerstört.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurde die Dominanzwirkung der WEA thematisiert. Es wurde auf Nachbarplanungen eingegangen Im Entwurf wird in der flächenbezogenen Abwägung detailliert auf die regionalen Besonderheiten aller Potentialflächen eingegangen.
19		Die historische Bedeutung des Geländes und dessen perspektivische Erschließung als öffentliche Geschichtslandschaft verbietet eine solche dominante, nicht museumskompatible Nutzung an dieser Stelle. Selbst wenn weder die Schießbahnen noch die Raketenprüfstelle selbst direkt in die vorgesehene Fläche einbezogen sind, gehört doch auch der Raum zwischen ihnen zur Geschichtslandschaft. Mit ihr ist sensibel umzugehen. Wirtschaftliche Nutzungen im Sinne einer Museumsnutzung oder als Ergänzung zu ihr sollten auf diejenigen Gebäude begrenzt bleiben, welche nicht unmittelbar für das Museum gebraucht werden, und auf Flächen im rückwärtigen Bereich.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Grundlage für den TFNP Wind ist die derzeitige Nutzung bzw. ausbleibende Nutzung. Die Gemeinde erachtet die Möglichkeit der Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen der Nutzung der Windkraft als wahrscheinlicher als die bereits seit 10 Jahren in Planung befindliche Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen anderer Nutzungen (Museum)
19		Die Erschließung der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf dient der kritischen Auseinandersetzung auch künftiger Generationen mit Rüstung und Krieg. Dafür ist es notwendig, nicht nur die historischen Relikte, sondern das gesamte Gelände dauerhaft zu bewahren und in seiner Gewordenheit sensibel zu gestalten. Das bedeutet, es weitgehend zu belassen, wie es ist, auch mit dem Naturerbe, das sich auf diesen Flächen entwickelt hat. Projektpartner aus anderen Bundesländern, aus dem Ausland und auch spätere Generationen würden nicht verstehen, dass wir heute um eines kurzfristigen Nutzens willen dort Anlagen errichten, die diesen Ort und dessen Bedeutung konterkarieren. Sie würden dies zu Recht als gedankenlosen Umgang mit dem historischen Erbe interpretieren, und dies um so mehr, als es sich um ein Erbe handelt, das eine ethisch gereifte Herangehensweise fordert.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Vorentwurf wurden Denkmalbelange berücksichtigt. Im Entwurf wird in der flächenbezogenen Abwägung detailliert auf die regionalen Besonderheiten aller Potentialflächen eingegangen.
19		Der Öffentlichkeit gegenüber muss sich das Vorhaben, dort ein Museum zu schaffen, immer wieder legitimieren. Das kann nur geschehen, indem man beweist, dass man sich der Größe der Aufgabe bewusst ist und dass man verstanden hat, auf welch historisch belastetem Terrain man sich befindet und mit welcher Sensibilität damit umzugehen ist. Das Museum in der Natur wird bei aller Öffentlichkeit künftig ein Ort der Reflexion, des Nachdenkens und auch der Stille sein. Dies verträgt sich in keiner Weise mit moderner Großtechnologie in zentralen Bereichen des Geländes, die die dort vorhandenen im Zustand des Vergehens befindlichen historischen Gebäude und Anlagen um ein Mehrfaches überragt und erschlägt.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Grundlage für den TFNP Wind ist die derzeitige Nutzung bzw. ausbleibende Nutzung. Die Gemeinde erachtet die Möglichkeit der Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen der Nutzung der Windkraft als wahrscheinlicher als die bereits seit 10 Jahren in Planung befindliche Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen anderer Nutzungen (Museum)
19		Wir sprechen uns durchaus für eine Nutzung von Teilflächen der ehemaligen Heeresversuchsstelle für alternative Energie aus, wenn diese dazu dient, die Entwicklung der Geschichtslandschaft zu einem öffentlichen Museum auch wirtschaftlich zu fundieren. Diese Funktionen sollten jedoch dienender Natur sein, nicht die Geschichtslandschaft dominieren. Beispielsweise konnten im Bereich des ehemaligen Flugplatzes Sperenberg Flächen für Solaranlagen zur Verfügung gestellt werden. Es handelt sich um ca. 240 ha und damit um genug Potenzial, um das Museum in der Natur wirtschaftlich zu betreiben.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Ziel der Gemeinde ist es mittels vorliegendem TFNP Wind die Nutzung der Windenergie kommunal auf dem Gemeindegebiet steuern zu können. Hierfür wurde für alle im Gemeindegebiet identifizierten Potentialflächen eine Abwägung aller Belange untereinander durchgeführt. Eine potentielle Nutzung für Solaranlagen wäre in einem eigenständigen Verfahren zu prüfen und ist nicht Teil der vorliegenden Bauleitplanung
19		Die Gemeinde Am Mellensee wird von der Entwicklung des Museums in der Natur profitieren. Sie kann für dieses Projekt viel Unterstützung erhalten. Voraussetzung ist, dass die Weichen jetzt richtig gestellt werden und Windkraftanlagen aus der Geschichtslandschaft der ehemaligen Heeresversuchsstelle Kummersdorf-Gut verbannt werden.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Grundlage für den TFNP Wind ist die derzeitige Nutzung bzw. ausbleibende Nutzung. Die Gemeinde erachtet die Möglichkeit der Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen der Nutzung der Windkraft als wahrscheinlicher als die bereits seit 10 Jahren in Planung befindliche Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen anderer Nutzungen (Museum)
21		Bohrlochbergbau: Im Planungsbereich befinden sich mehrere stillgelegte Tiefbohrungen (siehe Übersichtskarte, Anlage). Eine Überbauung der Bohrung ist nicht zulässig. Die Bohrung muss - zu Wartungs- und Instandhaltungszwecken bzw. im Havariefall (!) mit einem dementsprechend groß dimensionierten Bohrgerät erreicht werden können. Es ist ein Mindestabstand zur Bohrung von 25 m einzuhalten.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird auf die genannten Belange zum Bohrlochbergbau eingegangen

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
21		Altbergbau: Im zentralen Bereich des Planbereichs befinden sich ehemalige Gipsbrüche von Sperenberg, die dem Altbergbau zugeordnet werden. Im Bereich der Potenzialflächen bzw. Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung gibt es nach den uns vorliegenden Unterlagen keine Beeinflussung durch den Altbergbau (siehe Übersichtskarte, Anlage). Bei konkreten Baumaßnahmen im Bereich des Altbergbaus wird dringend eine gentechnische Baugrundbegutachtung bzw. Baugrunduntersuchung und Erstellung eines gentechnischen Baugrundgutachtens durch einen Geotechniker empfohlen. Die Bergbehörde gibt keine Stellungnahme zu eventuell notwendigen Sicherungsmaßnahmen gegen Bergschäden ab. Über die bergbaulichen Verhältnisse im Bereich dieses Altbergbaugebietes kann eine Einsichtnahme in die beim LBGR vorliegenden Unterlagen erfolgen, ggf. unter Hinzuziehung einer sachverständigen Person.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird auf die genannten Belange zum Altbergbau in nachfolgenden Genehmigungsverfahren eingegangen
21		Rohstoffsicherung. Im Rahmen einer Zuarbeit an die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming hat das LBGR eine Vorbehaltsfläche "Fernneuendorf" vorgeschlagen. Diese befindet sich in einem Sandvorkommen (Stand: 04/2020) und liegt nördlich der Ortslage Fernneuendorf (siehe Übersichtskarte, Anlage). Nach den uns vorliegenden Unterlagen liegen die Potenzialflächen bzw. Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung außerhalb der Vorbehaltsfläche.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird auf die genannten Belange zur Rohstoffsicherung eingegangen
21		Geologie: Auskünfte zur Geologie, insbesondere zu den Themen Boden, Hydrogeologie und Geothermie, können über den Webservice des LBGR abgefragt werden. Außerdem weisen wir auf die im Zusammenhang mit etwaig geplanten Bohrungen oder geophysikalischen Untersuchungen bestehende Anzeige-, Mitteilungs- oder Auskunftspflicht hin (§§ 3 4 und 5 Abs. 2 Satz 1 Lagerstättengesetz).	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden aktuelle Grundlagen der Geologie verwendet
22		Die im o.g. Vorentwurf untersuchten Flächen des Teilflächennutzungsplanes berühren keine Anlagen des Zweckverbandes KMS Zossen	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
23	I9000	Die vorbereitende Bauleitplanung in Form des Teilflächennutzungsplanes Wind-hier Vorentwurf- berührt forstrechtliche Belange direkt durch: Überplanung von Waldflächen i.S. des § 2 LWaldG als Konzentrationszone zur Windenergienutzung	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung erfolgt im Folgenden für die einzelnen Einwände
23	I9000	Für die Umsetzung der beabsichtigten Nutzung bedarf es einer Zulassung zur Nutzungsartenänderung (Waldumwandlung) im nachgeordneten Genehmigungsverfahren (z.B. BImSchG-Genehmigung) i. S. von § 8 LWaldG. Gemäß § 8 LWaldG Abs. 2 LWaldG ist eine solche Waldumwandlungsgenehmigung zu versagen, wenn die Umwandlung mit den Zielen der Raumordnung und Landesplanung nicht vereinbar ist. Vorliegend stehen aktuell auf Grund des Fehlens eines gültigen Regionalplanes (RP) mit entsprechend ausgewiesenen Windeignungsgebieten (WEG) bzw. eines RP im Entwurf als eingeleitetes Ziel (ab Beteiligungsstadium) keine solchen Ziele der Raumordnung der Gebietskulisse Konzentrationsfläche Windkraft entgegen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird die Notwendigkeit einer Zulassung zur Nutzungsänderung im nachgeordneten Genehmigungsverfahren aufgeführt

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
23	I9000	Bei der Zulässigkeitsprüfung einer Waldumwandlung sind die aktuell kartierten Waldfunktionen maßgeblich zu berücksichtigen. So schließen diverse Waldfunktionen, da nicht kompensierbar, eine Waldumwandlung für Windkraftnutzung aus: Die Begründung des vorliegenden Vorentwurfes TFNP Wind basiert nicht auf der aktuellen Waldfunktionskartierung von 2018 und lässt folglich Abwägungsfehler insbesondere bei den weichen Kriterien erkennen. Entgegen der Darstellung in der Begründung, sind im Gemeindegebiet diverse Waldfunktionen kartiert, die eine Windkraftnutzung ausschließen. Hiernach insbesondere: 2100 Wald auf erosionsgefährdetem Standort 2200 Wald auf exponierter Lage 3100 Lokaler Klimaschutzwald 3200 Lokaler Immissionsschutzwald 3300 Lärmschutzwald 4100 Sichtschutzwald 7710 Wald mit hoher ökologischer Bedeutung 7720 Wald mit hoher geologischer Bedeutung 8102 Erholungswald, Intensitätsstufe 2 Die gültige Waldfunktionskartierung kennt entgegen der Darstellung in der Begründung nur noch zwei Intensitätsstufen (IS) von Erholungswald. Davon ist nur die IS 2 im Gemeindegebiet kartiert. Die Abgrenzung dieser Waldfunktion weicht von der Darstellung in der Kartenanlage 4 deutlich ab.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird die aktuelle Waldfunktionskartierung verwendet
23	I9001	Zwar sind vorgenannte nicht kompensierbare Waldfunktionen auf der Potentialfläche WE 4 nicht kartiert, jedoch unterliegt die Planunterlage einem Abwägungsfehler, wenn die aktuelle Waldfunktionskartierung keine Berücksichtigung findet. Ich empfehle daher eine aktuelle Datenübernahme über: Landesbetrieb Forst Brandenburg, Fachbereich 14 Datenmanagement, Ansprechpartner Herr Jürgen Ahmndt	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird die aktuelle Waldfunktionskartierung verwendet
23	I9002	Eingriffe in den Naturhaushalt -hier Waldumwandlungen- sollen möglichst eingriffsnah über Ersatzaufforstungen kompensiert werden. Aus Sicht der unteren Forstbehörde sollten entsprechend potentielle Ersatzaufforstungsflächen auch schon in der vorbereitenden Bauleitplanung adäquat dem potentiellen Flächenumfang der Waldumwandlung dargestellt werden.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Aufgrund des noch nicht abzusehenden Umfangs an Ersatzaufforstungen - im Rahmen nachfolgender Genehmigungsplanungen, können sich durch Artenschutz etc. Einschränkungen/Vorgaben ergeben, die noch nicht abschätzbar sind - erachtet die Gemeinde die Darstellung potentieller Ersatzaufforstungsflächen auf Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung als nicht zielführend. Im Entwurf wird ein Hinweis eingefügt, das Ersatzaufforstungsflächen im Rahmen der nachfolgenden Genehmigungsplanung notwendig werden.
24		Nach Durchsicht der mir übergebenen Unterlagen teile ich Ihnen mit, dass seitens der Stadt Trebbin zum Vorentwurf des sachlichen Teilflächennutzungsplanes mit Stand vom 28. Januar 2020 keine Anregungen und Bedenken vorgetragen werden.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
25		Zuständig für die Stellungnahmen von Kirchen gemeinden im Rahmen ihrer Stellung als Körperschaft des öffentlichen Rechts ist gemäß § 7 Kirchenbaugesetz der jeweilige Kirchenkreis, hier der Ev. Kirchenkreis Zossen-Fläming. Der Kirchenkreis hat das Verwaltungsamt des Ev. Kirchenkreisverbandes Süd mit der Prüfung der Unterlagen und Abgabe der Stellungnahmen beauftragt. Belange der Ev. Kirchengemeinde Sperenberg und der Ev. Kirchengemeinde Christinendorf (für den Bereich Gadsdorf) in Hinblick auf Gottesdienst und Seelsorge sind von den aktuellen Planungen nicht betroffen. Anregungen und Hinweise haben sich aus unserer Sicht für die laufenden Planungen nicht ergeben. Wir bitten den Ev. Kirchenkreis Zossen-Fläming, Kirchplatz 4, 15806 Zossen, Ansprechpartner über den Fortgang der Planungen in Kenntnis zu setzen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
26	B2001	Die Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming ist nach § 4 Absatz 2 des Gesetzes zur Regionalplanung und zur Braunkohlen- und Sanierungsplanung (RegBkplG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 08. Februar 2012 (GV Bl. I Nr. 13), geändert durch Gesetz vom 30. April 2019 (GVBl. I Nr. 11), Trägerin der Regionalplanung in der Region Havelland-Fläming. Ihr obliegt die Aufstellung, Fortschreibung, Änderung und Ergänzung des Regionalplans als übergeordnete und zusammenfassende Landesplanung im Gebiet der Region.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
26	B2001	Der Regionalplan Havelland-Fläming 2020 ist auf Grund der Urteile des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 05. Juli 2018 unwirksam geworden. Somit liegen für die Region Havelland-Fläming bis auf Weiteres keine Ziele und Grundsätze der Regionalplanung vor.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
26	B2001	Auf Grund des § 2c Absatz 1 Satz 1 des RegBkPlG hat die Regionalversammlung Havelland-Fläming am 27. Juni 2019 die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 beschlossen. Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 soll auch Festlegungen zur räumlichen Steuerung der Planung und Errichtung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen beinhalten, um die Rechtswirkungen des § 35 Absatz 3 Satz 3 des Baugesetzbuchs herbeizuführen. Für die zukünftig durch den Regionalplan herzustellende räumliche Steuerung der Windenergienutzung hat die Regionalversammlung gleichfalls am 27. Juni 2019 ein Plankonzept mit dafür voraussichtlich anzuwendenden Kriterien beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss und das Plankonzept zur Steuerung der Windenergienutzung wurden im Amtsblatt für Brandenburg Nummer 28 vom 24. Juli 2019 bekannt gemacht.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird der aktuelle Stand der Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 beschrieben
26	B2001	Regionalplanerische Belange Der Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 soll insbesondere textliche und zeichnerische Festlegungen treffen <i>zur Daseinsvorsorge und Siedlungsentwicklung,</i> <i>zum vorbeugenden Hochwasserschutz,</i> <i>zur räumlichen Steuerung von raumbedeutsamen Windenergieanlagen,</i> <i>zur Gewinnung oberflächennaher Rohstoffe,</i> <i>zur landwirtschaftlichen Bodennutzung und</i> <i>zum Freiraum.</i> Zu diesen Themen erarbeitet die Regionale Planungsstelle gegenwärtig Vorentwürfe. Mehr Informationen erhalten Sie auf www.havelland-flaeming.de .	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
26	B2001	Zum gegenwärtigen Zeitpunkt können für den Regionalplan Havelland-Fläming 3.0 noch keine konkreten Flächen für die Windenergie bekannt gegeben werden. Das Plankonzept zur räumlichen Steuerung der Windenergienutzung durch den Regionalplan Havelland-Fläming 3.01 wurde am 24.07.2019 im Amtsblatt für Brandenburg bekannt gemacht. Voraussichtlich werden am Plankonzept noch Änderungen vorgenommen. Wesentlich maßgebend dafür ist die durch das Urteil des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 23.05.2019 (Az.: OVG 2 A 4.19) geänderte Rechtsprechung. Eine erste Einschätzung der möglichen Auswirkungen des Urteils wurde durch die regionale Planungsstelle ausgearbeitet und auf der Sitzung der Regionalversammlung am 30.01.2020 beraten. Der Schriftsatz liegt der Stellungnahme als Anlage bei. Für eine inhaltliche Abstimmung mit dem sachlichen Teilflächennutzungsplan "Windenergieanlagen" steht die Regionale Planungsstelle gerne zur Verfügung.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird der aktuelle Stand der Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming 3.0 beschrieben
27	B2001	Anlage: Mögliche Auswirkungen des Urteils des 2. Senats des Oberverwaltungsgerichts Berlin-Brandenburg vom 23.05.2019 (OVG 2 A 4.19) auf das Plankonzept zur räumlichen Steuerung der Windenergienutzung 3.0 der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming vom 27.06.2019	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Diese Anlage ist in Dokument Nummer 27 Vorhanden Die Anlage führt mögliche Auswirkungen auf die Regionalplanung aus und wird in Bezug auf die vorliegende kommunale Planung zur Kenntnis genommen und in den Bereichen berücksichtigt, an denen die kommunale Planung mit der Regionalplanung vergleichbar ist. So erfolgt im Entwurf eine Aktualisierung der harten und weichen Tabukriterien entsprechend aktueller Rechtsprechung.
28	K1101	Die Belange des Verbandes werden nicht berührt, d. h. in dem gekennzeichneten Bereich ist von Ihnen keine Wassereinleitung oder Kreuzung eines Gewässers II. Ordnung vorgesehen. Zu Gewässern der II. Ordnung sind Abstände von mindestens 5,00 m ab Böschungsoberkante einzuhalten und von jeglicher Bebauung freizuhalten (gilt auch bei Neuanpflanzungen und bei der Einrichtung von Geländern und Leitplanken/-pfosten usw.). Für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen an Gewässern sind gesonderte Zustimmungen des Verbandes notwendig.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
29		Wir beziehen uns auf das Schreiben vom 15. Juni 2020 und teilen Ihnen mit, dass vorbehaltlich weiterer Abstimmungen zur Sicherung unseres vorhandenen Anlagenbestandes gegen die o.g. Planung keine Bedenken bestehen. Im Planungsgebiet befinden sich Leitungen und Anlagen unseres Unternehmens. Sollten Umverlegungs- oder Leitungsschutzmaßnahmen von diesen Leitungen erforderlich werden, erbitten wir einen rechtzeitigen Antrag, aus welchem die Baugrenzen ersichtlich sind. Auf dieser Grundlage werden wir dem Antragsteller ein Angebot für die Umverlegung unserer Anlagen unterbreiten.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
30	G7001	Der Landesbetrieb Straßenwesen (LS), Dienststätte Wünsdorf stimmt dem Vorentwurf des o.g. Teilflächennutzungsplanes Windenergieanlagen grundsätzlich zu. Bei der Aufstellung der Planung sind die Restriktionsbereiche, Abstandsflächen zu betroffenen Bundesstraßen zu beachten (Anbauverbotszone gemäß §9 Abs.1 FStrG sowie Anbaubeschränkungszonen gemäß §9 Abs.2 FStrG). Das gilt ebenso für betroffene Landesstraßen (Anbauverbotszone gemäß §24 Abs.1 BbgStrG und Anbaubeschränkungszonen gemäß §24 Abs.2 BbgStrG). Die auszuweisenden Eignungsgebiete dürfen diese Restriktionsflächen nicht überplanen. Die Grenze ist an den Beschränkungszonen zu ziehen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird weiterhin die Anbauverbotszone als Tabuzone beachtet.
31		Gegen den Sachlichen Teilflächennutzungsplan (Teil-FNP) "Windenergieanlagen" der Gemeinde Am Mellensee bestehen aus Sicht der Landesverkehrsplanung und bezogen auf die zum Zuständigkeitsbereich des LBV gehörenden Verkehrsbereiche Eisenbahn/Schienenpersonennahverkehr, Binnenschifffahrt (Schifffahrt auf Landesgewässern) und übriger ÖPNV keine Einwände. Belange dieser Verkehrsbereiche werden nicht berührt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
32	L1201	Im Bereich der Potenzialflächen des o. g. Vorhabens sind derzeit 13 Bodendenkmale im Sinne des Gesetzes über den Schutz und die Pflege der Denkmale im Land Brandenburg (BbgDSchG) vom 24. Mai 2004 (GV Bl. Bbg. 9, 215 ff) §§ 1 (1), 2 (1)-(2) registriert (siehe Anlage):	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung erfolgt im Folgenden für die einzelnen Einwände
32	L1201	Die Bodendenkmale 130692 und 130350 stehen unter einem besonderen Schutz. Es handelt sich hierbei um obertägig sichtbare Landwehren. Bei oberirdisch sichtbaren Bodendenkmalen ist der Schutzstatus aufgrund des besonderen Zeugniswertes und der Ansichtigkeit dahingehend erweitert, dass nicht nur der Bodendenkmalbereich an sich, sondern gem. BbgDSchG § 2 (3) auch dessen Umgebung (250 m) zu schützen und von einer Bebauung oder sonstigen Veränderung auszuschließen ist (s. Anlage 2).	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden die genannten und in Anlage 2 dargestellten Bodendenkmale inkl. 250 m als Ausschlusskriterium dargestellt.
32	L1201	Auflagen im Bereich von Bodendenkmalen (siehe Anlage): Bodendenkmale sind nach BbgDSchG §§ 1 (1), 2 (1)-(3), 7 (1) im öffentlichen Interesse und als Quellen und Zeugnisse menschlicher Geschichte und prägende Bestandteile der Kulturlandschaft des Landes Brandenburg geschützt. Sie dürfen bei Bau- und Erdarbeiten ohne vorherige denkmalschutzbehördliche Erlaubnis bzw. Erlaubnis durch Planfeststellung oder bauordnungsrechtliche Genehmigung und - im Falle erteilter Erlaubnis - ohne vorherige fachgerechte Bergung und Dokumentation nicht verändert bzw. zerstört werden (BbgDSchG §§ 7 <3>, 9 und 11 <3>). Alle Veränderungen und Maßnahmen an Bodendenkmalen sind nach Maßgabe der Denkmalschutzbehörde zu dokumentieren (BbgDSchG § 9 <3>). Für die fachgerechte Bergung und Dokumentation von betroffenen Bodendenkmalen ist nach BbgDSchG §§ 7 und 11 (3) der Veranlasser kostenpflichtig. Zuwiderhandlungen können als Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße von bis zu 500.000 Euro geahndet werden (BbgDSchG §26 <4>). In diversen Abschnitten des Vorhabenbereichs besteht zudem aufgrund fachlicher Kriterien die begründete Vermutung, dass hier bislang noch nicht aktenkundig gewordene Bodendenkmale im Boden verborgen sind (siehe Anlage).	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden die genannten Auflagen aufgeführt und beachtet.
32	L1201	Die Vermutung gründet sich u. a. auf folgende Punkte: 1.) Bei den ausgewiesenen Bereichen handelt es sich um Areale, die in der Prähistorie siedlungsgünstige naturräumliche Bedingungen aufwiesen, da sie ehemals in Niederungs- bzw. Gewässernähe an der Grenze unterschiedlicher ökologischer Systeme lagen. Nach den Erkenntnissen der Urgeschichtsforschung in Brandenburg sind derartige Areale aufgrund der begrenzten Anzahl siedlungsgünstiger Flächen in einer Siedlungskammer als Zwangspunkte für die prähistorische Besiedlung anzusehen. 2.) Die ausgewiesenen Flächen entsprechen in ihrer Topographie derjenigen bekannter Fundstellen in der näheren Umgebung. 3.) In unmittelbarer Nähe der ausgewiesenen Flächen sind Bodendenkmale registriert, bei denen davon auszugehen ist, dass sie sich weit über die aktenkundig belegte Ausdehnung hinaus bis in die Vermutungsbereiche erstrecken. 4.) In einigen ausgewiesenen Vermutungsbereichen deuten Bodenfunde auf das Vorhandensein von Bodendenkmalen hin. 5.) Im Bereich der ehemaligen Heeresversuchsanstalt ist mit Überresten von Bauten, wie B. Beobachtungs- und Geschützstellungen zu rechnen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung erfolgt im Folgenden für die einzelnen Einwände

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
32	L1201	Auflagen im Bereich von Bodendenkmal-Vermutungsflächen: Um die Auswirkungen des geplanten Bauvorhabens auf das Schutzgut Bodendenkmale gem. UVPG §§ 2 (1) und 16 (5) einschätzen zu können, ist für die Bereiche, in denen Bodendenkmale begründet vermutet werden, die Einholung eines archäologischen Fachgutachtens durch den Vorhabenträger erforderlich, sofern in diesen Bereichen Bodeneingriffe geplant sind. In dem Gutachten ist mittels einer Prospektion zu klären, inwieweit Bodendenkmalstrukturen von den Baumaßnahmen im ausgewiesenen Vermutungsbereich betroffen sind und in welchem Erhaltungszustand sich diese befinden.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird auf die Notwendigkeit eines archäologischen Fachgutachtens in nachfolgender Genehmigungsplanung hingewiesen, wenn dort Bodendenkmale begründet vermutet werden.
32	L1201	Bei einer bauvorbereitenden archäologischen Prospektion handelt es sich um eine kostengünstige und schnell durchführbare Maßnahme: In den ausgewiesenen Bereichen mit begründet vermuteten Bodendenkmalen werden in einem Abstand von 25 m Bodenproben entnommen und nach kulturellen Hinterlassenschaften (Tonscherben, Knochen, Metallgegenstände u. ä.) untersucht. Fällt das Ergebnis der Prospektion positiv aus, sind weitere bodendenkmalpflegerische Maßnahmen gem. BbgDSchG §§ 7 (3), 9 (3) und 11 (3) abzuleiten und i.d.R. bauvorbereitend durchzuführen. Bei einem Negativbefund kann im untersuchten Abschnitt auf weitergehende Schutz- und Dokumentationsmaßnahmen verzichtet werden.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung erfolgt im Folgenden für die einzelnen Einwände
32	L1201	Flächen oder Trassen, die lediglich während der Bauzeit genutzt werden (z. B. Bau- und Materiallager und u. U. auch Arbeitsstraßen), dürfen nicht im Bereich von bekannten oder vermuteten Bodendenkmalen eingerichtet werden bzw. nur dort, wo bereits eine Versiegelung des Bodens vorliegt. Durch den notwendigen Oberbodenabtrag und das verstärkte Befahren dieser Flächen mit schwerem Baugerät sowie durch mögliche Bagger- oder Raupenaktivität o. ä. Eingriffe in den Untergrund wird die Bodendenkmalsubstanz umfangreich ge- und zerstört. Sollte es nicht möglich sein, bauzeitlich genutzte, unversiegelte Flächen und Wege außerhalb bekannter oder vermuteter Bodendenkmale anzulegen, so werden bauvorbereitende kostenpflichtige Schutz- bzw. Dokumentationsmaßnahmen notwendig.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden die benannten Vermeidungsmaßnahmen aufgeführt.
32	L1201	Allgemeine Auflagen: Grundsätzlich können während der Bauausführung im gesamten Vorhabensbereich - auch außerhalb der ausgewiesenen Bodendenkmale und Bodendenkmalvermutungsflächen - noch nicht registrierte Bodendenkmale entdeckt werden. Gemäß BbgDSchG § 11 (1) und (3) sind bei Erdarbeiten entdeckte Funde (Steinsetzungen, Mauerwerk, Erdverfärbungen, Holzpfähle oder -bohlen, Knochen, Tonscherben, Metallgegenstände u. ä.) unverzüglich der zuständigen Unteren Denkmalschutzbehörde und dem Brandenburgischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologischen Landesmuseum anzuzeigen. Die Entdeckungsstätte und die Funde sind bis zum Ablauf einer Woche unverändert zu erhalten, damit fachgerechte Untersuchungen und Bergungen vorgenommen werden können. Gemäß BbgDSchG § 11 (3) kann die Denkmalschutzbehörde diese Frist um bis zu 2 Monate verlängern, wenn die Bergung und Dokumentation des Fundes dies erfordert. Besteht an der Bergung und Dokumentation des Fundes aufgrund seiner Bedeutung ein besonderes öffentliches Interesse, kann die Frist auf Verlangen der Denkmalfachbehörde um einen weiteren Monat verlängert werden. Die Denkmalfachbehörde ist berechtigt, den Fund zur wissenschaftlichen Bearbeitung in Besitz zu nehmen (BbgDSchG § 11 <4>). Die Kosten der fachgerechten Dokumentation und Bergung trägt im Rahmen des Zumutbaren der Veranlasser des og. Vorhabens (BbgDSchG § 7 <3>). Die hier vorgetragenen Belange der Bodendenkmalpflege sind im Flächennutzungsplan in hinreichender Form (Text, Planunterlage) abzubilden (eine entsprechende Shape-Datei erhalten Sie parallel per E-Mail).	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden die benannten Belange der Bodendenkmalpflege dargestellt und berücksichtigt.
34		Bezugnehmend auf Ihre oben genannte/n Anfrage(n), erteilt GDMcom Auskunft zum angefragten Bereich für die folgenden Anlagenbetreiber: Erdgasspeicher Peissen GmbH Ferngas Netzgesellschaft mbH (Netzgebiet Thüringen-Sachsen) 1 GasLINE Telekommunikationsnetzgesellschaft deutscher Gasversorgungsunternehmen mbH & Co. KG ONTRAS Gastransport GmbH 2 VNG Gasspeicher GmbH 2 Im angefragten Bereich befinden sich keine Anlagen und keine zurzeit laufenden Planungen der oben genannten Anlagenbetreiber. Wir haben keine Einwände gegen das Vorhaben.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
35		<p>Die Aufstellung oder Veränderung von Leitplanungen kollidiert in der Regel nicht mit unserem Interesse an einer Bestandswahrung für unsere Leitungen und Anlagen. Sollte sich hieraus im nachgelagerten Prozess die Notwendigkeit einer Anpassung unserer Anlagen, wie z.B. Änderungen, Beseitigung, Neuherstellung der Anlagen an anderem Ort (Versetzung) oder anderer Betriebsarbeiten ergeben, sollen dafür die gesetzlichen Vorgaben, die anerkannten Regeln der Technik sowie die Planungsgrundsätze der EWE NETZ GmbH gelten. Gleiches gilt auch für die Neuherstellung, z.B. Bereitstellung eines Stationsstellplatzes. Die Kosten der Anpassungen bzw. Betriebsarbeiten sind von dem Vorhabenträger vollständig zu tragen und der EWE NETZ GmbH zu erstatten, es sei denn der Vorhabenträger und die EWE NETZ GmbH haben eine anderslautende Kostentragung vertraglich geregelt.</p> <p>Die EWE NETZ GmbH hat keine weiteren Bedenken oder Anregungen vorzubringen.</p> <p>Wir bitten Sie, uns auch in die weiteren Planungen einzubeziehen und uns frühzeitig zu beteiligen.</p> <p>Es ist derzeit kein Widerspruch zu Zielen der Raumordnung zu erkennen. (s. Erläuterungen)</p>	<p>Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich</p>
37		<p>Hinsichtlich der Kriterien für die Ausweisung von Konzentrationszonen für die Windenergienutzung sollte nunmehr das Planungskonzept zum Regionalplan 3.0 der Region Havelland-Fläming (siehe 3. Anstrich unter "Rechtliche Grundlagen...") herangezogen werden. Abweichungen zu diesem Konzept sind in der vorliegenden Planung z.B. im Hinblick auf Mindestabstände (5 km) zwischen Außengrenzen benachbarter Windeignungsgebiete / Konzentrationszonen für Windenergie zu konstatieren. Diesbezüglich verweisen wir z.B. auf den Bebauungsplan Schöneweide Nr. 02 "Windpark Birkhorst" bzw. Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung in der benachbarten Gemeinde Nuthe-Urstromtal in 3,7 km Abstand.</p>	<p>Dem Einwand wird teilweise zugestimmt</p> <p>Ziel des TFNP Wind ist eine kommunale Steuerung der Nutzung der Windenergie auf der Grundlage kommunal beschlossener weichen Ausschlusskriterien, die nicht identisch sein müssen wie die auf Regionalebene beschlossenen weichen Kriterien (andere Maßstabebene).</p> <p>Auf die Kriterien der Regionalplanung wird im Entwurf des TFNP eingegangen.</p>
37		<p>Im Übrigen verweisen wir auf das Rundschreiben des Ministeriums für Infrastruktur und Landesplanung an die Planungsämter und untere Bauaufsichtsbehörden vom 20.8.2019 zur Sicherung in Aufstellung befindlicher Ziele der Raumordnung zur Steuerung der Windenergienutzung und empfehlen hinsichtlich möglicher Konflikte dringend die Abstimmung mit der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming</p> <p>Rechtliche Grundlagen zur Beurteilung der Planungsabsicht</p> <p>Landesentwicklungsprogramm 2007 (LE Pro 2007) vom 18.12.2007 (GVBl. I S. 235)</p> <p>Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin - Brandenburg (LEP HR) vom 29.04.2019 (für Brandenburg: GVBl. II, Nr. 3, für Berlin: GVBl. S. 294)</p> <p>Beschluss über die Aufstellung des Regionalplans Havelland-Fläming und Bekanntgabe der Planungsabsichten einschließlich der voraussichtlichen Kriterien für ein schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zur Steuerung der Windenergienutzung der Regionalen Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming, Bekanntmachung der Gemeinsamen Landesplanungsabteilung Berlin-Brandenburg vom 5. Juli 2019 (ABl. Nr. 28119)</p> <p>Bindungswirkung</p> <p>Gemäß § 1 Abs. 4 BauGB sind die Ziele der Raumordnung bei der Bauleitplanung zu beachten.</p> <p>Die für die Planung relevanten Grundsätze der Raumordnung sind aus den 0. g. Rechtsgrundlagen von der Kommune eigenständig zu ermitteln und im Rahmen der Abwägung angemessen zu berücksichtigen.</p> <p>Hinweise</p> <p>Diese Stellungnahme gilt, solange die Grundlagen, die zur Beurteilung der Planung geführt haben, nicht wesentlich geändert wurden. Die Erfordernisse aus weiteren Rechtsvorschriften bleiben von dieser Mitteilung unberührt.</p>	<p>Dem Einwand wird teilweise zugestimmt</p> <p>Ziel des TFNP Wind ist eine kommunale Steuerung der Nutzung der Windenergie auf der Grundlage kommunal beschlossener weichen Ausschlusskriterien, die nicht identisch sein müssen wie die auf Regionalebene beschlossenen weichen Kriterien (andere Maßstabebene).</p> <p>Auf die Kriterien der Regionalplanung wird im Entwurf des TFNP eingegangen.</p>
38	I9000	<p>Die Aufstellung von Windkraftanlagen im bzw. am Wald ist zwangsläufig mit erheblichen bau- und betriebsbedingten Waldverlusten verbunden (Zuweisung, Aufbau- und Betriebsfläche).</p> <p>Waldgebiete sind als potenzielle Lebensräume u.a. verschiedener Fledermausarten für den Artenschutz von besonderer Bedeutung.</p> <p>Über negative Auswirkungen auf die Fauna ist noch zu wenig bekannt; vor allem hinsichtlich des Fledermausschutzes ist mit erheblichen Konflikten zu rechnen, da hier gegenüber Offenlandstandorten mit einer weiteren Zunahme von Schlagopferzahlen zu rechnen ist.</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Auf die genannten Einschränkungen, die sich aus dem Artenschutz ergeben wird hingewiesen</p>
38	H8004	<p>Bezüglich des Abwägungskriteriums "Vermeidung potentieller Konflikte mit dem Artenschutz" sind hinsichtlich der Potentialfläche WE 4 folgende Hinweise zu berücksichtigen:</p> <ul style="list-style-type: none"> - am Rand des Gebietes (ca. 100 m Abstand) befindet sich ein Fledermauswinterquartier (Quartier Nr. TF 57) (u.a. Bechsteinfledermaus = FFH Anhang II) - im ca. 450 m Abstand wurde im Sommer 2018 ein Großes Mausohr (= FFH Anhang II) per Netzfang nachgewiesen - laut der Telemetriestudie aus 2012 gehören große Teile des WE 4 zum Aktionsraum (MCP 100%) der Nordfledermaus 	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Im Entwurf werden die genannten Artnachweise aufgeführt und auf die Notwendigkeit von deren Berücksichtigung in Artenschutzprüfungen in nachfolgenden Genehmigungsverfahren hingewiesen.</p>

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
38	H8006	Für das gesamte Gebiet der ehemaligen militärischen Liegenschaft ist die Wildkatze nachgewiesen worden.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden die genannten Artnachweise aufgeführt und auf die Notwendigkeit von deren Berücksichtigung in Artenschutzprüfungen in nachfolgenden Genehmigungsverfahren hingewiesen.
39	I9000	Die Darstellungen im FNP haben keine Rechtswirkung und sind im anschließenden Verfahren umfangreichen Verfahren umzusetzen. Die Einbeziehung der nicht mit besonderen Funktionen betagten Waldgebiete als Potenzialflächen für die Windenergienutzung erfordert besondere Sorgfalt im Rahmen der Bebauungs- und Genehmigungsplanung.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung erfolgt im Folgenden für die einzelnen Einwände
39		Folgende Auswirkungen sind sehr kritisch zu beachten: -Natur und Landschaft (bau- und betriebsbedingter Lärm, erhöhter Waldflächenverbrauch für Transportwege). -Arten und Lebensräume (Scheuch und Barrierewirkung, Beunruhigung, Verlust von Brut-, Balz- und Nahrungsarealen, Beeinträchtigung von Zugkorridoren), -Landschaftsbild und Erholungsvorsorge (insbesondere an Waldrändern, akustische und optische Wirkungen).	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Auf die genannten Auswirkungen, die sich aus dem Schutz von Natur und Landschaft, Arten und Lebensräumen sowie Landschaftsbild und Erholung ergeben wird hingewiesen
39		Eine wirtschaftliche Bewertung der Standorte, die Frage der Netzintegration sowie der Lastdeckung wurde mit der Vorplanung nicht behandelt.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung erfolgt im Folgenden für die einzelnen Einwände
39		Es wird im Entwurf auf eine Verpflichtung der Gemeinde verwiesen, 2% Fläche für Windenergie auszuweisen, damit dieser substantieller Raum verschafft wird. Dem ist zu widersprechen.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Weder im Vorentwurf noch im Entwurf wird auf eine Verpflichtung der Gemeinde verwiesen, 2 % der Fläche für Windenergienutzung auszuweisen. Jedoch ist das Ergebnis der kommunalen Abwägung, dass die auszuweisenden ca. 2% der Gemeindefläche, der Nutzung der Windenergie substanziell Raum lassen, so dass es zu einer Konzentrationswirkung kommen kann.
39		Es gibt keine "Zielstellung", einen bestimmten Anteil der Landesfläche für die Nutzung der Windenergie zu sicher. Wohl gibt es aber sowohl in der Energiestrategie 2020 wie auch in der Energiestrategie 2030 des Landes Brandenburg und im "Landespolitischen Maßnahmenkatalog zum Klimaschutz und zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels" (MLIN 2008) Ziele zur Installation einer bestimmten elektrischen Leistung für die Nutzung der Windenergie. In allen drei Papieren sind Ausbauziele genannt, die als Voraussetzung für ihre Erreichung eine Nettofläche, die in etwa 2% der Landesfläche entspricht, für die Errichtung von WEG benötigen.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Weder im Vorentwurf noch im Entwurf wird auf eine Verpflichtung der Gemeinde verwiesen, 2 % der Fläche für Windenergienutzung auszuweisen. Jedoch ist das Ergebnis der kommunalen Abwägung, dass die auszuweisenden ca. 2% der Gemeindefläche, der Nutzung der Windenergie substanziell Raum lassen, so dass es zu einer Konzentrationswirkung kommen kann.
39	I9000	"Die Gemeinde Am Mellensee schließt die Windenergienutzung im Wald nicht grundsätzlich aus. In Übereinstimmung mit den landes- und regional planerischen Ansätzen wird davon ausgegangen, dass der WEA-Nutzung im Wirtschaftswald den Waldfunktionen nicht widerspricht." (S. 35) Hierzu geben wir folgende Hinweise: Der Schaden, der durch die Baumaßnahme im Wald erzeugt werden wird, ist jedoch groß und mit erheblichen negativen Folgen für die Natur und die Menschen verbunden. Windkraftanlagen auf bisherigen Waldflächen sind extreme und dauerhafte Eingriffe in die Waldökosysteme.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Auf die baubedingten Wirkungen und die dauerhaften Eingriffe in die Waldökosysteme wird im Entwurf detailliert eingegangen
39	I9000	In Bezug auf das Waldgesetz des Landes Brandenburg und daraus resultierender Rechtsvorschriften betrifft die für die Windkraftanlagen erforderlichen Waldumwandlungen nur den direkten Standort der Anlagen, während die umgebenden Flächen weiterhin als Wald im Sinne des Gesetzes gelten. Wenn man jedoch von der inhaltlichen und umfassend anerkannten Definition von Wald z. B. nach Thomasius und Schmidt (1996) ausgeht, muss ernsthaft in Zweifel gezogen werden, ob das ausgewiesene Windindustriegebiet nicht als Ganzes als Wald verloren geht, deshalb vollständig aus den Waldbegriff nach dem Landeswaldgesetz entlassen und zumindest im Verhältnis 1:2 ausgeglichen werden müsste, weil die Ökosystemdienstleistungen des betreffenden Gebietes fast vollständig verloren gehen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Auf die baubedingten Wirkungen und die dauerhaften Eingriffe in die Waldökosysteme wird im Entwurf detailliert eingegangen und eine voraussichtliche Kompensation von 1:2 im Umweltbericht genannt
39	I9001	Zu erkennen ist das auch an den Waldleistungen. Während die Nutzfunktionen der "Wälder" wie auf mehr als 95% der Waldflächen Brandenburgs auch bei und unter Windkraftanlagen erfüllt werden können, gehen durch die Windkraftanlagen die anderen Ökosystemdienstleistungen und ausweislich die Erholungs- und Schutzfunktionen fast vollständig verloren.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Auf die baubedingten Wirkungen und die dauerhaften Eingriffe in die Waldökosysteme wird im Entwurf detailliert eingegangen
39	M1302	Windkraftanlagen sind hinsichtlich der Waldbrandgefahren so genannte handlungsbedingte Waldbrandursachen. Aufgrund der Konstruktion und Funktionsweise von Windkraftanlagen sind Wärmeentwicklung und Funktionsstörungen, die zu Bränden führen können, unvermeidbar.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Auf unfallbedingte Waldbrandgefahren wird im Entwurf eingegangen

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
39	M1302	Die geplante Konzentrationszone für Windkraftanlagen ist darüber hinaus in einem Waldgebiet vorgesehen, das zu den Gebieten mit höchster Waldbrandgefährdung gemäß nationaler und europäischer Rechtsgrundlage (Gebiete mit hohem Waldbrandrisiko) gehört.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Auf unfallbedingte Waldbrandgefahren wird im Entwurf eingegangen
39	M1302	Sollten die Brandverhütungsanlagen in Windkraftanlagen Brände nicht verhindern oder rechtzeitig eindämmen, beschränken sich die Feuerwehren aus sicherheitsrelevanten und technischen Gründen darauf, die Umgebung der brennenden Anlagen zu sichern und ansonsten die Anlagen kontrolliert abbrennen zu lassen. Dieses Vorgehen ist in der Abhandlung: "Gefahrenabwehr an Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Energien" (Landesschule und Technische Einrichtung für Brand- und Katastrophenschutz des Landes Brandenburg 2012) eindeutig ausgewiesen. Die Feuerwehren sicher also nur die Umgebung gegen zu erwartende Feuer auf der Erdoberfläche ab und halten dabei einen Abstand von 500 m zum Fußpunkt der jeweiligen Windkraftanlage ein. Bis zu 100 ha potenzieller Waldbrandflächen könnten bei derartigen Bränden also schon wegen dieser Abstandsaufgabe geopfert werden.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Auf unfallbedingte Waldbrandgefahren und den potentiellen Verlust von bis zu 100 ha Wald wird im Entwurf eingegangen
39	M1302	Alle Wälder, Gebäude und anderen Werte, mit Ausnahme des Lebens von Menschen, werden auf den Flächen zwischen Feuerfront und passiver Waldbrandabwehr nicht geschützt. Aus den Vorgaben resultiert außerdem sachlogisch, dass die passiven Waldbrandabwehrmaßnahmen nicht von den Feuerwehren verteidigt werden dürfen, weil sie sich bei Annäherung unter die vorgegebenen Abstände zurückziehen müssen, um die vorgeschriebenen Abstände zu wahren.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
39	D4001	Große Windräder sind auch kräftige Schallgeneratoren für tieffrequente Schall- und Druckwellen im Bereich von 1 bis 400 Hz. Im Genehmigungsverfahren wird primär die Signalempfindlichkeit unseres Ohrs als Maßstab für eine akzeptable Beeinträchtigung durch die Schallimmissionen genutzt. Unser Ohr ist jedoch nicht das einzige druckempfindliche Sinnesorgan. Vielmehr besitzen wir eine Vielzahl von Barorezeptoren über den gesamten Körper verteilt, die auf Druck und Wechseldruck in einem breiten Frequenzbereich mit hoher Empfindlichkeit ansprechen.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Im Entwurf wird das Schutzgut Mensch, einschließlich menschlicher Gesundheit auf Ebene der Flächennutzungsplanung berücksichtigt. Etwaige detaillierte Sinnesempfindungen wären im nachfolgenden Genehmigungsverfahren hinsichtlich Art und Umfang der Anlagen zu prüfen, da auf Ebene der vorliegenden Flächennutzungsplanung noch keine WEA-Typen festgelegt werden.
39	D4001	Windräder mit 200 m Höhe und mehr erzeugen nicht nur Strom, sie sind auch kraftvolle Schallgeneratoren. Je größer das Windrad, umso intensiver und weiter wird Schall mit tiefen Frequenzen abgestrahlt und zwar zu einem wesentlichen Teil getaktet mit etwa 1 Hz, angeregt durch den Flügeldurchgang am Mast.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Im Entwurf wird das Schutzgut Mensch, einschließlich menschlicher Gesundheit auf Ebene der Flächennutzungsplanung berücksichtigt. Etwaige detaillierte Sinnesempfindungen wären im nachfolgenden Genehmigungsverfahren hinsichtlich Art und Umfang der Anlagen zu prüfen, da auf Ebene der vorliegenden Flächennutzungsplanung noch keine WEA-Typen festgelegt werden.
39	J1003	Das Recht auf körperliche Unversehrtheit schützt die Gesundheit des Menschen im Allgemeinen und im Speziellen unter anderem vor Folter, Körperstrafen, Menschenversuche und Körperverletzung. Die Wirkung von gezielter Manipulation unserer Sinnesorgane ist bekannt. Schwache, getaktete und anhaltende Anregungen unserer Sinne mittels Druck, Temperatur, Licht, Gerüchen, Geräuschen und Berührungen sind in der Lage, den menschlichen Willen zu brechen und die Psyche zu schädigen.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Die Verbindung mit der TFNP-Wind Planung erscheint nicht nachvollziehbar. Vorliegende Planung berücksichtigt den aktuellen Stand der Wissenschaft, wonach keine Schädigung der Psyche durch Aufstellung eines TFNP Wind nachgewiesen werden kann.
39		[...Hinweise zu Schall mit Auswirkung auf Schlafstörung, Konzentrationsstörung, innere Unruhe; ausreichende Abstände; 10H; WEA sind mitverantwortlich für Dürre und Erderwärmung; regionaler Feuchteentzug der Atmosphäre durch Windparks; Erwärmung des Bodens und der Atmosphäre; Vogelschutz mit Hinweis zu Helgoländer Papier; keine über die TAK-Abstände hinausgehenden Abstände; Durchführung einer saP; gemäß Gerichtsurteil keine bedeutende Infrastrukturmaßnahme mit Subsumierung unter "öffentlicher Sicherheit"] folgende detaillierte weitere Beschreibungen zu diesen Themen, wurden nicht übernommen. Die wichtigen Argumente sind der eingesannten Nr. 39 zu entnehmen.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Im Entwurf werden entstehende Schallwirkungen durch WEA auf Ebene der Flächennutzungsplanung mittels Abstandskriterien im Hinblick auf einzuhaltende Werte der TA Lärm berücksichtigt. Im Entwurf wird auf die Eingriffsfolgen eingegangen und entsprechende Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen für die Schutzgüter Mensch, menschliche Gesundheit, Klima/Luft, Arten und Lebensgemeinschaften, Boden, Artenschutz sowie für alle weiteren Schutzgüter gem. Anlage 1 BauGB entwickelt. Detaillierte auf ein konkretes Vorhaben abgestimmte Vermeidungs- und Kompensationsmaßnahmen sind im nachfolgenden Genehmigungsverfahren hinsichtlich Art und Umfang der Anlagen zu entwickeln.
39		Bei der Errichtung eines Windparks handelt es sich auch nicht um eine bedeutende Infrastrukturmaßnahme, die unter dem Begriff der öffentlichen Sicherheit subsumiert werden kann. (siehe VG Gießen, Urteil vom 22.01.2020, 1 K 6019/18.GI)	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
40		Der sachliche TNFP hat zum Ziel, Konzentrationsflächen für die Windenergienutzung zu identifizieren. Aufgrund der harten und weichen Ausschlusskriterien wurde letztendlich nur die Fläche "Zwischen den Schießbahnen" im SW des Gemeindegebiets als Konzentrationsfläche für die Windenergienutzung ausgewiesen. Obwohl insgesamt die Ausschlusskriterien größtenteils gut und folgerichtig angewandt wurden, wurden bei der Fläche "Zwischen den Schießbahnen" einige wesentliche Kriterien übersehen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung erfolgt im Folgenden für die einzelnen Einwände
40	H8002	Artenschutz Vögel (S. 36) Die Darstellung zum Artenschutz bezüglich der Vögel auf Seite 38 ist sehr pauschal und verharmlosend. Es gibt Arten, die mit WEA zurechtkommen und sich gewöhnen. und andere Arten, wie z. B. der Ziegenmelker, die WEA-Bereiche weiträumig meiden. Zwar meiden auch ziehende Gänse und Kraniche die Nähe von WEA, was aber bei Nebel oft nicht gelingt. so dass sie durchaus in die Rotoren geraten. Auch wenn es für Ziegenmelker keine offiziellen Abstandsregelungen gibt. so werden doch 500 m Mindestabstand um regelmäßige Brutvorkommen empfohlen (https://lfu.brandenburg.de/cms/mediaphpllbm1.a.3310.de[vsw_dokwind_voeqel.pdf]). Die Ziegenmelker-Vorkommen im SW des Gemeindegebietes wurden leider im TNFP nicht beachtet. Im benachbarten NSG Kammersdorfer Heide gibt es mehrere Ziegenmelker-Reviere. Die Erfahrungen vom Windpark im Truppenübungsplatz Jüterbog zeigen, dass diese dann "verschwinden" (verdrängt) werden, wenn laute WEA in unmittelbarer Nähe betrieben werden.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird detaillierter auf die genannten Artenschutzaspekte eingegangen und die Notwendigkeit einer vertiefenden Artenschutzprüfung im nachfolgenden Genehmigungsverfahren betont.
40	H8002	Darüber hinaus überschneidet sich die Konzentrationsfläche mit dem Restriktionsbereich des Seeadlers, dessen Horst sich nordwestlich im Bereich des Waldgebietes Birkhorst beendet. Laut Horstbetreuer "umfasst der Aktionsraum der Seeadler das Gebiet zwischen Wiesenhausen, den Luchwiesen südlich von Lüdersdorf, dem Schulzensee, dem Heegensee, dem Neuendorfer See, den Landebahnen des Flugplatzes Sperenberg, den Wiesen nördlich von Schöneweide, den Wiesen nord-östlich und nord-westlich von Scharfenbrück sowie dem Seeluch östlich von Liebätz. In diesem Bereich werden immer wieder sowohl die Altvögel als auch die in unterschiedlichen Altersstadien befindlichen Jungvögel beobachtet." Der Horstbetreuer konstatiert daher eine weitflächige Raumnutzung mit den entsprechenden Flugbewegungen. Notwendig ist daher die Freihaltung des Restriktionsbereiches im Radius von 6.000 m um den Brutplatz. Entgegen der Annahme im TNFP (S. 38) schneidet der Restriktionsbereich durchaus die Konzentrationsfläche, wenn auch der geradlinige Flugkorridor vom Horstbereich zum Neuendorfer See knapp nördlich der Konzentrationsfläche verläuft.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden die Kenntnisse des Horstbetreuers berücksichtigt
40	H8006	Artenschutz Säugetiere (Seite 38) Es wird im TNFP angenommen, dass in der Konzentrationsfläche verschiedene Fledermausarten vorkommen, obwohl Vorkommen bekannt sind und ein Winterquartier in unmittelbarer Nachbarschaft. im Landschaftsrahmenplan eingezeichnet ist. Diese bereits bekannten Vorkommen müssen im TNFP als harte Ausschlusskriterien berücksichtigt werden und nicht erst bei im Rahmen der verbindlichen Bauleitplanung. Darüber hinaus hat das diesjährige Wildkatzenmonitoring bestätigt, dass es 'im Bereich der Konzentrationsfläche Wildkatzen gibt.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Im Entwurf werden die genannten Artnachweise aufgeführt und auf die Notwendigkeit von deren Berücksichtigung in Artenschutzprüfungen in nachfolgenden Genehmigungsverfahren hingewiesen. Eine Berücksichtigung von TAK-Daten als hartes Ausschlusskriterium ist gemäß aktueller Rechtsprechung (2019) nicht statthaft.
40	I9000	Waldfunktionen Auch wenn es sich bei der Waldfläche um intensiv genutzte Kiefernforsten handelt, so sieht die Strategie des Landes Brandenburg vor, diese Flächen in naturnahen Mischwald umzuwandeln. Die hohe Waldbrandgefahr und die immer wiederkehrenden Schädlingskalamitäten in Kiefernforsten erfordern die Waldumwandlung. Neuversiegelung und Zerschneidung dieser Forsten durch WEA und ihre Zufahrtswege haben den Effekt, dass die Entwicklung zu einem naturnahen Ökosystem gar nicht erst in Gang kommt. ja geradezu gefährlich wäre, weil eine höhere Biodiversität auch zu einer größeren Zahl von Schlagopfern führt.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird sich im Rahmen der flächenbezogenen Abwägung mit den genannten Waldfunktionen auseinandergesetzt. Dabei geht neben der genannten Strategie des Waldumbaus mit damit potentiell einhergehender höherer Biodiversität auch die vom Denkmalschutz in weiten Gemeindeteilen umgesetzte Forderung des Prozessschutzes ein, der auch im Hinblick auf den Artenschutz umgesetzt wird (Konversionsflächen). In diesem Zusammenhang werden auch die mit dem Eingriff verbundenen Projektwirkungen thematisiert. (Neuversiegelung, Zerschneidung)
40	K1101	Versiegelung im Wald wirkt darüber hinaus der wichtigen Waldfunktion der Grundwasserneubildung entgegen. Gerade in Zeiten des Klimawandels ist diese Waldfunktion jedoch von besonders hoher Bedeutung.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird sich im Rahmen der flächenbezogenen Abwägung mit den genannten Waldfunktionen auseinandergesetzt. In diesem Zusammenhang werden auch die mit dem Eingriff verbundenen Projektwirkungen thematisiert. (Neuversiegelung, Zerschneidung)

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
40		Die Notwendigkeit derartige Konzentrationsflächen auszuweisen ergibt sich zwar aus § 5 [2b] BauGB und § 35 (2) BauGB sowie aus BVerwG 4 C 2.04 (Urteil vom 21.10.2004). Wenn jedoch die Potenzialanalyse zeigt, dass es keinerlei Eignungsflächen gibt, dann kann eine Gemeinde durchaus auf anderem Weg den erneuerbaren Energien ausreichend Raum gewährleisten. Die Stadt Luckenwalde hat ein ähnliches Problem und löst den Konflikt, indem Flächen für die Solarwirtschaft entwickelt werden (https://www.luckenwalde.de/Rathaus/Stadtplanung/Bauleitplanung-und-st%C3%A4dttebauliche-Satzungen/vorbereitende-Bauleitplanung): Konzept für die Berücksichtigung der Erneuerbaren Energien im Rahmen der vorbereitenden Bauleitplanung der Stadt Luckenwalde. Dabei legt die Stadt Luckenwalde den Fokus auf den bereits bebauten bzw. beplanten Siedlungsbereich, um den Landschaftsverbrauch zu reduzieren. Gleichzeitig wird auf die Möglichkeit der Errichtung von nicht-raumbedeutsame Windenergieanlagen (Gesamthöhe < 35 m, die geringere Abstandsflächen benötigen, verwiesen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
41	H8002	5.2 Kriterienkatalog Tab. 4 Kriterienkatalog, Karte 3 Ausschlusskriterien Artenschutz: Seeadler: In der Liste fehlt der Seeadler mit 3km Tabu- und 6km Restriktionsbereich. Die geplante Konzentrationszone WE4 liegt mit der nördl. Hälfte komplett im Restriktionsbereich. Schwarzmilan: Da der Schwarzmilan nicht Bestandteil der TAK ist, ist er hier auch nicht aufzuführen. Möglicherweise wurden hier Schwarz- und Rotmilan verwechselt. Wiesenweihe: Es gibt keinen pauschalen Abstand zu Neststandorten, sondern nur Wiesenweihebrutgebiete, die dann auch Ausschlusszonen sind. Einzelne Nester werden nicht betrachtet, da das aufgrund der Brutbiologie gar nicht möglich ist. Wiesenweihebrutgebiete liegen aber nicht in räumlicher Nähe zu den betrachteten Flächen. Vorkommen störungsempfindlicher Großvogelarten-Gebietsschutz: Woher kommen diese Daten? Welche Großvogelarten sind hier gemeint? Möglicherweise bezieht sich das Kriterium auf die Flugkorridore der Großtrappe. Diese sind aber keine Ausschlussbereiche sondern Restriktionsbereiche.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden die genannten Arten berücksichtigt. Das Kriterium "Vorkommen störungsempfindlicher Großvogelarten" wird genauer beschrieben
41	L1201	6.1 Siedlungsstruktur und Denkmalschutz Baudenkmale: "Die Gemeinde Am Mellensee geht davon aus, dass (...)". Das ist keine fachliche Aussage. Entweder der Umgebungsschutz ist in der Betrachtung eingeschlossen oder nicht, Dies ist zu prüfen.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird 6.1 Siedlungsstruktur und Denkmalschutz aktualisiert und überarbeitet
41		6.1.2 Weiche Ausschlusskriterien Wer definiert hier den Begriff "ausreichenden Schutz"? Die entsprechenden Prüfungen erfolgen erst im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz auf Grundlage der TA Lärm. Sie sind nicht Teil der Prüfung im Teilflächennutzungsplan. Weiterhin gibt es die bundeseinheitliche Abstandsvorgabe von 1.000 m. Es ist nicht plausibel, warum hier von dieser Vorgabe abgewichen wird.	Die Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt Im Entwurf wird der Kriterienkatalog geprüft und detaillierter begründet. Die Gemeinde hat das Recht, unter Berücksichtigung kommunaler Begebenheiten, weiche Ausschlusskriterien zu entwickeln, die über ein Mindestmaß hinausgehen und wird diese im Entwurf beibehalten.
41	B2004	Tab. 5 nachteilige Auswirkungen im Abstand zur WEA / zum Windpark: Auch hier sei auf das nachgelagerte Genehmigungsverfahren hingewiesen, in dem die konkreten Standorte von genau definierten WEA-Typen von Fachgutachtern und -behörden geprüft werden. Um etwaige Überschreitungen der Grenzwerte bei Schall und Schatten auszuschließen, sind technische Lösungen nach heutigem Stand der Technik verfügbar. Eines erhöhten Abstands zur Wohnbebauung jeglicher Art bedarf es aus diesem Grund nicht.	Die Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt Im Entwurf wird der Kriterienkatalog geprüft und detaillierter begründet. Die Gemeinde hat das Recht, unter Berücksichtigung kommunaler Begebenheiten, weiche Ausschlusskriterien zu entwickeln, die über ein Mindestmaß hinausgehen und wird diese im Entwurf beibehalten.
41	B2004	Abstand zu Wohnsiedlungen und Erholungsgebieten mindestens 1.200m: Die nachfolgende Begründung ist nicht verständlich.	Die Stellungnahme wird teilweise berücksichtigt Im Entwurf wird der Kriterienkatalog geprüft und detaillierter begründet. Die Gemeinde hat das Recht, unter Berücksichtigung kommunaler Begebenheiten, weiche Ausschlusskriterien zu entwickeln, die über ein Mindestmaß hinausgehen und wird diese im Entwurf beibehalten.

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
41	H8009	6.3.1 harte Ausschlusskriterien: FFH Gebiete Nach EU-Recht ist das kein hartes Ausschlusskriterium. Es gilt, dass alles erlaubt ist, was die Schutzgüter nicht gefährdet. Es kommt daher auf den Einzelfall und die Betrachtung des Schutzgutes an.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Gemeinde ist bewusst, dass die Zuordnung von FFH-Gebieten als hartes oder weiches Ausschlusskriterium noch nicht abschließend geklärt ist. Die Gemeinde orientiert sich am derzeitigen Rechtsstand und berücksichtigt FFH-Gebiete vorsorglich als weiches Ausschlusskriterium im Entwurf.
41	H8002	Wiesenweihe: Die Wiesenweihe ist fälschlicherweise in der Aufzählung enthalten und muss entfernt werden (s.o.).	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird die Aufzählung redaktionell geändert
41		§ 30 BNatSchG: Da Biotop einer ständigen Wandlung unterliegen ist die Aufnahme hier nicht sinnvoll. Erstens sind nicht alle Biotop die unter Schutz fallen würden kartiert und bekannt. Zweitens können zum Beispiel durch natürliche Entwicklung (Heide zu Wald) ihren Status verloren haben. Drittens ist die erhebliche Beeinträchtigung zwar zu vermeiden, bei einem dreifachen Ausgleich aber zumindest theoretisch möglich - z.B. bei leicht regenerierbaren Biotopen (z.B. Sandmager-rasen, Dünen, Heiden ...).	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Der Gemeinde ist bewusst, dass die Zuordnung von §30 Biotopen als hartes oder weiches Ausschlusskriterium noch nicht abschließend geklärt ist. Es wird sich an aktueller Rechtsprechung (2019) orientiert, dementsprechend werden § 30 Biotop nunmehr als weiches Ausschlusskriterium im Entwurf berücksichtigt.
41	H8002	Wiesenweihe, Schwarzmilan: Die Wiesenweihe und der Schwarzmilan sind fälschlicherweise in der Aufzählung enthalten und müssen entfernt werden (s.o.). Was in der Aufzählung fehlt ist die Betrachtung der Vogelarten mit großen Schutzradien außerhalb der Gemeinde. So ragen zum Beispiel Restriktionsbereiche des Seeadlers bei Sperenberg in das Gemeindegebiet hinein.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf wird das Arteninventar aktualisiert und entsprechende Restriktionsbereiche berücksichtigt
41	H8002	6.3.2 Weiche Ausschlusskriterien Die Gemeinde scheint sich hier auf die Waldfunktionskartierung des Landesbetrieb Forst von 2010 zu beziehen. Mittlerweile gibt es aber neuere Daten (2018/2019) die zu anderen Kartierungsergebnissen kommen. Diese sind zwingend für den Teilflächennutzungsplan anzuwenden.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden aktuelle Daten der Waldfunktionskartierung berücksichtigt.
41	H8002	6.4 Artenschutz Vögel Woher stammen die berücksichtigten Avifaunadaten und wie alt sind sie? Im gleichen Kapitel wird auf den Landschaftsrahmenplan des Landkreises Teltow-Fläming sowie auf neuere Daten des LUGBV und der UNB Bezug genommen. In der Fußnote Nr. 12 wird auf Daten von 2010 verwiesen. Sind das die "neueren Daten"? 6.4 Wiesenweihe: Hier wird erneut auf einen 1km-puffer zu Wiesenweihebrutplätzen verwiesen. Vgl. dazu die o.g. Argumente. 6.4 Kranich, Rohrweihe: Angesichts der Dürre der letzten zwei Jahre sind viele Brutplätze verwaist (ausgetrocknet). Hier ist zu prüfen, ob eine pauschale Übernahme der Kranich und Rohrweihe Brutplätze zielführend ist. Da die Lage in den kommenden Jahren nicht besser wird, werden so womöglich unnötig viele Bereiche ausgenommen. 6.4 Schwarzmilan: Hat hier eine Verwechslung mit dem Rotmilan stattgefunden? Der Schwarzmilan ist nicht Bestandteil der TAK. Es ist nicht sinnvoll die aktuellen Horststandorte als Tabukriterien heranzuziehen da die Horste jährlich wechseln können.	Die Stellungnahme wird berücksichtigt Im Entwurf werden aktuelle Daten zum Artenschutz berücksichtigt.
41		7.2/7.4/7.6/7.7 Potentialfläche WE 1, WE 3, WE 5, WE 6: Ist das Argument "Vermeidung einer Verspargelung der Landschaft" hier ein ernsthaftes Argument?	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Im Rahmen der Abwägung untereinander und dem Ziel der Gemeinde die Nutzung der Windenergie bestmöglich zu konzentrieren, ist die Vermeidung der Verspargelung der Landschaft ein zu berücksichtigender Aspekt
41		7.3 Potenzialfläche WE 2: Hier spricht die Nähe der angrenzenden Schießbahnen der Heeresversuchsanstalt offenbar gegen eine Ausweisung. Es wird Bezug genommen auf "damit einhergehende artenschutzrechtliche Probleme": Welche Probleme sind das konkret?	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Im Vorentwurf sowie im Entwurf wird konkret auf die artenschutzrechtlichen Probleme eingegangen, die durch Umstellung des angrenzenden Naturschutzgebietes entstehen könnten.

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
41		<p>7.5 Potenzialfläche WE 4</p> <p>Ist die mögliche Bündelung von angrenzenden Bereichen zur Förderung der erneuerbaren Energien in der Nachbargemeinde Nuthe-Urstromtal ein konkretes Abwägungsargument?</p> <p>Hier wird die Nähe zu den historischen Schießbahnen nun als positive Stützung der Fläche herangeführt - im Gegensatz zu WE 2. Welche konkreten Planungen gibt es zur "Herausbildung eines Forschungs- und Entwicklungszentrums für erneuerbare Energien in Verbindung mit der Bewahrung und Demonstration des militärischen Erbes" im Gebiet der Gemeinde Am Mellensee? Was soll in diesem Zentrum von wem erforscht und entwickelt werden?</p> <p>Als Fazit wird gesagt, dass "zusammen mit der in enger kommunaler Abstimmung geplanten Entwicklung der erneuerbaren Energien in der Nachbargemeinde Nuthe-Urstromtal das Ziel der Nutzung der Windenergie substantiell Raum verschaffen zu können erreicht werden kann." Das bedeutet, dass die substantielle Raumschaffung im Geltungsbereich des Teilflächennutzungsplanes der Gemeinde Am Mellensee für sich allein genommen nicht ausreichend ist und nur zusammen mit möglichen Flächen in der Nachbargemeinde Nuthe-Urstromtal erreicht werden kann?</p>	<p>Dem Einwand wird teilweise zugestimmt</p> <p>Im Rahmen der Abwägung der Potentialflächen untereinander, wurde berücksichtigt, dass bei Umsetzung der WE 4 als Konzentrationszone ein kommunales Einvernehmen mit der Nachbargemeinde in Aussicht gestellt werden kann. Aufgrund der Lage Am Gemeinderand ist das ein Abwägungsargument, welches für die Umsetzung spricht.</p> <p>Die Nähe zu den denkmalgeschützten Schießbahnen wird im Rahmen der flächenbezogenen Abwägung als Argument gegen die Ausweisung berücksichtigt. Die substantielle Raumschaffung wird in Kap. 7.8 nachvollziehbar und ausschließlich auf das Gemeindegebiet Am Mellensee bezogen, dargestellt.</p> <p>Die Formulierung eines geplanten "Forschungs- und Entwicklungszentrums" wird im Entwurf nicht fortgeführt, entsprechende Planungen sind nicht belegbar.</p>
41		<p>7.8</p> <p>"Die Gemeinde kommt in ihrer Abwägung zu dem Schluss eine Konzentrationszone zwischen den Schießbahnen im Bereich der ehemaligen Heeresversuchsanstalt Kummersdorf auszuweisen um auf diese Weise die Nutzung der Windkraft auf der größten der potentiell konfliktarmen Flächen zu bündeln." Ist hier ein möglicher Puffer zu den Denkmalschutz Flächen bereits berücksichtigt?</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Im Entwurf werden alle Ausschlusskriterien im Hinblick auf Aktualität geprüft und ggf. notwendige Pufferzonen zu Denkmalen ergänzt. Des Weiteren wird im Fazit der flächenbezogenen Abwägung darauf eingegangen, dass sich der substantielle Raum für die Nutzung der Windkraft im Rahmen nachfolgender Genehmigungsverfahren z.B. durch luftrechtliche oder denkmalschutzrechtliche Auflagen verringern kann.</p>
41	L1201	<p>8.5.7.2 Auswirkungen der Konzentrationsflächen auf Kultur- und Sachgüter, Hinweis zum Bodenschutzdenkmal:</p> <p>"Aufgrund ihrer kulturgeschichtlichen Bedeutung kommt diesen Relikten Bodendenkmalcharakter zu." Dies bezieht sich auf die Konzentrationsfläche zwischen den Schießbahnen und die dort begründet vermuteten Überreste verschiedener Bauten im Boden. Handelt es sich hier um eine Verhinderungsplanung da die erwarteten Bauten mit entsprechenden Puffern versehen werden müssen und auf dieser Grundlage sich für die Windenergie zur Verfügung stehende Fläche erheblich reduzieren kann/wird?</p>	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Im Entwurf werden alle Ausschlusskriterien im Hinblick auf Aktualität geprüft und ggf. notwendige Pufferzonen zu Denkmalen ergänzt. Des Weiteren wird im Fazit der flächenbezogenen Abwägung darauf eingegangen, dass sich der substantielle Raum für die Nutzung der Windkraft im Rahmen nachfolgender Genehmigungsverfahren z.B. durch luftrechtliche oder denkmalschutzrechtliche Auflagen verringern kann.</p>
41		Wir möchten mit unserer Stellungnahme die Bestandskraft des Teilflächennutzungsplan der Gemeinde Am Mellensee weiter stärken.	<p>Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich</p>
42	H8002/H8004	Die Windräder stellen eine massive Bedrohung für den Seeadler, den Rotmilan, die Rohrdommel, Kranich und viele Fledermausarten dar.	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Im Entwurf wird das Vorkommen der genannten Arten berücksichtigt und Auswirkungen untersucht, bzw. Vermeidungsmaßnahmen entwickelt (z.B. Tabuflächen)</p>
42	L1201	<p>Sie stehen in mitten eines Denkmalgeschützten Arealen was meiner Ansicht nach in UNESCO Weltkulturerbe gehört, das es einmalig auf der ganzen Welt ist .</p> <p>Wer sich mit der Geschichte des Geländes auskennt, erkennt die Einzigartigkeit.</p> <p>Zumal die Gemeinde auf Tourismus setzt, sehe ich darin eine Gefahr durch Windräder, die die Gegend durch ihr Aussehen negativ beeinträchtigen.</p>	<p>Dem Einwand wird nicht zugestimmt</p> <p>Grundlage für den TFNP Wind ist die derzeitige Nutzung bzw. ausbleibende Nutzung. Die Gemeinde erachtet die Möglichkeit der Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen der Nutzung der Windkraft als wahrscheinlicher als die bereits seit 10 Jahren in Planung befindliche Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit im Rahmen anderer Nutzungen (Museum)</p>
42	M1301	Das komplette Gelände wurde mehr als 100 Jahre als Schießplatz genutzt, nachweislich befinden sich dort noch erheblich viele „Blindgänger“ im Boden, diese könnten durch seismische Vibration ausgelöst werden und erheblichen Schaden verursachen wie Studien belegen.	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Im Entwurf wird auf die unfallbedingte Gefahr von Blindgängern hingewiesen</p>
43	L1201	Wir nehmen unsere Aufgaben sehr ernst. Seit 1992 widmen die Mitglieder des Fördervereins den größten Teil ihrer Freizeit ehrenamtlich der Erforschung und Erhaltung der ehemaligen Heeresversuchsanstalt Kummersdorf Hierbei handelt es sich unbestritten um ein Militärdenkmal von internationaler Bedeutung. In ehrenamtlichen Führungen wurden mittlerweile Tausende von Besucher*innen aus aller Herren Länder mit den vielfältigen historischen Anlagen und Gebäuden vertraut gemacht.	<p>Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich</p>
43	L1201	Der Verein hat die Geschichte des Denkmals zum Teil mit erforscht und wesentlich zu seiner Eintragung in die Brandenburgische Denkmalliste beigetragen. Mit einem Museum und verschiedenen Ausstellungen, Schülerprojekten und gemeinsam mit der Projektgruppe Kummersdorf, die sich Ende 2008 gegründet hat, bemüht sich der Verein kontinuierlich, die Geschehnisse dieses Orts in das öffentliche Bewusstsein zu rücken.	<p>Hinweis wird zur Kenntnis genommen</p> <p>Eine Abwägung ist nicht erforderlich</p>

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
43	L1201	Der Verein fordert mit seiner ehrenamtlichen Arbeit dazu auf, sich mit der Geschichte des Kriegs, der Kriegstechnik und Zerstörung, den Folgen von Militarismus und Größenwahn auseinanderzusetzen. Für sein langjähriges ehrenamtliches Engagement ist der Verein mit dem Denkmalpflegepreis sowohl des Landes als auch des Landkreises ausgezeichnet worden.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
43	L1201	Mit großer Besorgnis und Unverständnis nimmt der Verein zur Kenntnis, dass zwischen den Schießbahnen und damit im Herzen des Denkmals Windkraftanlagen aufgestellt werden sollen. Der Verein hat erhebliche Zweifel, dass eine solche Nutzung dem Denkmal angemessen ist. Führungen über ein ehemals militärisches Gelände in Deutschland erfordern gerade gegenüber internationalen Besuchern und Kollegen, z.B. aus England, Frankreich und Polen viel Fingerspitzengefühl. Wir beobachten regelmäßig eine große emotionale Betroffenheit bei den Besuchern, die durch die historischen Relikte ausgelöst wird.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Grundlage für den TFNP Wind ist die derzeitige Nutzung bzw. stark eingeschränkte Nutzung. Die Gemeinde hat das Ziel der vollständigen Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit. Die Gemeinde berücksichtigt bestmöglich im Rahmen der kommunalen Abwägung denkmalspezifische lokale Aspekte. Die flächenbezogene Abwägung wird dahingehend im Entwurf weiterentwickelt.
43	L1201	Rotierende, 180 m hohe, alles andere dominierende Windkraftanlagen konterkarieren das Ziel des Vereins, ein Deutschland zu zeigen, dass verantwortungsvoll zu seiner Geschichte steht, sich kritisch mit ihr auseinandersetzt und aus ihr gelernt hat. Die Windmühle in Sanssouci gehörte schon immer zum Ensemble, neue riesige Windräder zwischen den Schießbahnen eben nicht. Eine unserer wichtigsten Ruinen an der östlichen Schießbahn ist das große Panzer- und Gewölbeziel. Es handelt sich um den Nachbau einer französischen Festung; an ihr wollte man die Wirkung einer neuen Artilleriewaffe studieren. Aktuell sehen die Besucher einen ca. 15 m hohen Berg von großen Betontrümmern und können das Ausmaß der Zerstörung an Material und Menschen hautnah spüren. Wenn daneben ein Windrad stehen würde, wäre das schlicht grotesk und der aktuell überwältigende Eindruck der Ruine würde dagegen völlig verblasen.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Grundlage für den TFNP Wind ist die derzeitige Nutzung bzw. stark eingeschränkte Nutzung. Die Gemeinde hat das Ziel der vollständigen Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit. Die Gemeinde berücksichtigt bestmöglich im Rahmen der kommunalen Abwägung denkmalspezifische lokale Aspekte. Die flächenbezogene Abwägung wird dahingehend im Entwurf weiterentwickelt.
43	L1201	Es ist für den Verein schon schwer genug, vor internationalen Besuchern das Ausmaß an Verwahrlosung des Denkmals durch seinen Eigentümer, das Land Brandenburg zu ertragen. Zusätzliche Windkraftanlagen mittig im Areal lassen unser Land vor der Welt als gleichgültig und geschichtsvergessen erscheinen. Es wird daher vielmehr Zeit, endlich die nötigen Schritte zu seiner Sicherung und Erhaltung in die Wege zu leiten.	Dem Einwand wird teilweise zugestimmt Grundlage für den TFNP Wind ist die derzeitige Nutzung bzw. stark eingeschränkte Nutzung. Die Gemeinde hat das Ziel der vollständigen Erschließung bzw. Wiederverfügbarmachung für die Öffentlichkeit. Sicherung und Erhalt des Denkmals ist nicht Teil der vorliegenden Bauleitplanung. Die Gemeinde berücksichtigt bestmöglich im Rahmen der kommunalen Abwägung denkmalspezifische lokale Aspekte. Die flächenbezogene Abwägung wird dahingehend im Entwurf weiterentwickelt.
43	L1201	In dem vorgelegten Plan wird angeboten dass durch den Bau der Windkraftanlagen auch befestigte Wege entstehen würden die wir bei Führungen benutzen könnten. Wir bezweifeln sehr, dass wir dadurch an besonders interessante Bauwerke gelangen könnten. Eher befürchten wir dass durch die Nähe zu einem Windrad das Bauwerk seine authentische Singularität einbüßt. Wir sind durchaus gesprächsbereit und haben seit Jahren Vorschläge gemacht, wie man Teile am Rand des Areals nutzen könnte, ohne das Ensemble zu beschädigen.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
43		Dazu müssen nach unserer Ansicht VOR der Genehmigung der Planungen unter Beteiligung der Denkmalschutzbehörde verbindliche Verträge zwischen dem Eigentümer des Geländes und dem potentiellen Betreiber der Windkraftanlagen verhandelt werden mit dem Ziel, den Erhalt besonders vergebender Bauwerke dauerhaft zu sichern.	Dem Einwand wird nicht zugestimmt vertragliche Vereinbarungen sind erst im Genehmigungsverfahren auf Ebene der Bebauungsplanung/Planfeststellung möglich und nicht Teil der vorliegenden Ebene der Flächennutzungsplanung
45	M1301	Das Betreten des 3.200 ha großen Geländes des ehemaligen Heeresversuchplatzes Kummersdorf ist u.a. wegen der stellenweisen Munitionsbelastung für Unkundige lebensgefährlich und wird daher vom Eigentümer, dem Ministerium der Finanzen des Landes Brandenburg, generell verboten.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
45		Ein Friedhof mit über 830 Opfern der letzten Kriegstage grenzt unmittelbar an das Kasernengelände.	Hinweis wird zur Kenntnis genommen Eine Abwägung ist nicht erforderlich
46	B2004	Wir vom Ortsbeirat Kummerdorf Gut stehen dem geplanten Vorhaben sehr skeptisch gegenüber und teilen mit diesen Schreiben unseren Widerspruch mit. Dazu haben wir verschiedene Gründe: Mindestabstand zu Wohnsiedlungen ist aus unserer Sicht viel zu gering. da es mittlerweile eindeutige Studien gibt die einen viel größeren Mindestabstand vorgeben, daher besteht eine gesundheitliche Gefährdung der Bevölkerung	Dem Einwand wird nicht zugestimmt Der Mindestabstand zu Wohnsiedlungen wurde von der Gemeinde als Ergebnis eines Abwägungsprozesses festgelegt und übertrifft aus kommunalen Vorsorgegründen den Mindestabständen, die die TA Lärm vorgibt.

"ID_Einwender"	"ID_Kategorie"	Stellungnahme	Abwägung
46	D4005	Gesundheitliche Beeinträchtigung und mögliche Schädigung durch Infraschall Lärmbelästigung.	<p>Dem Einwand wird teilweise zugestimmt</p> <p>Im Entwurf wird der Schutz der menschlichen Gesundheit berücksichtigt und entsprechende Vermeidungsmaßnahmen dargestellt (z. B. Tabuzonen).</p> <p>Etwaige detaillierte Sinnesempfindungen wären im nachfolgenden Genehmigungsverfahren hinsichtlich Art und Umfang der Anlagen zu prüfen, da auf Ebene der vorliegenden Flächennutzungsplanung noch keine WEA-Typen festgelegt werden.</p>
46	I9000	Zerstörung des Waldes/ der Wiesen bei der Errichtung der Windkraftanlagen plus Infrastruktur	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Im Entwurf werden alle Wirkfaktoren im Zusammenhang mit der Nutzung der Windenergie dargestellt, berücksichtigt und entsprechende Vermeidungsmaßnahmen dargestellt.</p>
46		Wertverlust der Grundstücke, bei Nachbarschaft zu den Windkraftanlagen	<p>Dem Einwand wird nicht zugestimmt</p> <p>Entsprechend aktueller Rechtsprechung ist ein potentieller Wertverlust von Grundstücken nicht Teil der TFNP-Aufstellung.</p>
46	M1301	Problem der Munition/ erhöhte Kosten	<p>Die Stellungnahme wird berücksichtigt</p> <p>Im Entwurf wird dargestellt, dass es sich um munitionsbelastete Flächen handelt, bei deren Nutzung für die Windenergie mit erhöhten Kosten zur Beräumung zu rechnen ist.</p>

Nr.	Behörde/Firma	Schreiben Eingegangen	Aktenzeichen
1	Gemeinsame Obere Luftfahrtbehörde Berlin-Brandenburg	05.08.2020	4122-5.01.80/1625TF- TFNPI20
2	Landesamt für Umwelt Abteilung: Techn. Umweltschutt 2	22.07.2020	LFU-TOEB- 3700I594+1#204828/2020
3	Kampfmittelbe- seitigungsdienst	20.08.2020	KMBD 1.23
4	Gemeinde Nuthe- Urstromtal	21.07.2020	61.26.05
5	Dezernat Praktische Denkmalpflege Referat Gartendenkmalpflege/ Technische Denkmalpflege	16.07.2020	TÖB_Windenergie-Gem. Mellensee_bx-200307
6	Landkreis Teltow-Fläming Amt für Wirtschaftsförderung und Kreisentwicklung	16.07.2020	
7	Landkreis Teltow-Fläming Hauptamt / Infrastrukturmanagement	29.07.2020	10.ISNI-Ma 20/100
8	Landkreis Teltow-Fläming Dezernat III Ordnungsamt	03.07.2020	32.28/94-20/woe-bs
9	Landkreis Teltow-Fläming Straßenverkehrsamt	22.07.2020	36.42.39/C2001 12

10	Landkreis Teltow-Fläming Amt für Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung und Denkmalschutz	07.07.2020	63/30/10542/20/DK
11	Landkreis Teltow-Fläming Untere Bauaufsichtsbehörde SG: Technische Bauaufsicht	07.07.2020	63/03/02013/20
12	Landkreis Teltow-Fläming Umweltamt I Naturschutz	07.07.2020	ST 617/20/672/002
13	Landkreis Teltow-Fläming Umweltamt / Wasser, Boden, Abfall	07.07.2020	
14	Landkreis Teltow-Fläming Landwirtschaftsamt	30.06.2020	83. 1 .1/1635/0620
15	Stadtverwaltung Baruth/Mark Bauamt	16.07.2020	
16	Bürger der Gemeinde Mellensee		
17	Brandenburgische Boden Gesellschaft	15.07.2020	PM 099/100 1-9
18	DEUTSCHE TELEKOM TECHNIK GMBH	14.07.2020	
19	Museumsverband des Landes Brandenburg e V		
21	Landesamt für Bergbau, Geologie und Rohstoffe		74.21 .47-16-441

22	Komplexsanierung mittlerer Süden	10.07.2020	20
23	Landesbetrieb Forst Brandenburg - untere Forstbehörde -	08.10.2020	LFB 16.05-7026-321343+2/20
24	Stadt Trebbin	07.07.2020	
25	Evangelischer Kirchenkreisver- band Süd	07.07.2020	
26	Regionale Planungsgemeinschaft Havelland-Fläming	06.07.2020	7a_8980_xg
28	Wasser- und Bodenverband "Dahme-Notte"	06.07.2020	Woi/Mx-20.888
29	E.DIS Netz GmbH	06.07.2020	NR-0-D/Wa
30	Landesbetrieb Straßenwesen	03.07.2020	431b.2
31	Landesamt für Bauen und Verkehr	03.07.2020	2241-34217120201291
32	Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum Abteilung Bodendenkmalpflege/ Archäologisches Landesmuseum	01.07.2020	GV 2020:118
34	GDMcom	19.06.2020	Reg.-Nr.: 05969/20 PE-Nr.: 05969/20
35	ewe-netz	10.07.2020	

37	Gemeinsame Landesplanungsabteilung	16.07.2020	GL 5 13-46151-001-053112011
38	Gemeindeverwaltung Am Mellensee	16.07.2020	
39	Freier Wald e.V. Anerkannte Naturschutzvereinigung des Landes Brandenburg gemäß § 3 UmwRG	16.07.2020	
40	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V.	17.07.2020	
41	Energiequelle GmbH	10.07.2020	FeW 033769 / 871-379
42		16.07.2020	
43	Förderverein Museum Kummersdorf e.V.	17.07.2020	
45	Beitrag für das Magazin des Museumsverbandes Brandenburg		
46	Ortsbeirat Kummersdorf Gut	16.07.2020	